Auswertungsbericht

Online-Dialog Phase 2

Auswertung der Abstimmungen und Beiträge,
die während des Online-Dialogs der Öffentlichkeit
vom 12. Februar bis 9. März 2025 eingegangen sind.

Snakke & Co.
a Zebralog - Yellow Ball cooperation

LE GOUVERNEMENT
DU GRAND-DUCHÉ DE LUXEMBOURG
Ministère de la Santé
et de la Sécurité sociale

Inhalt

Über „Schwätz mat!“ **3**

Résumé **6**

Wie haben wir ausgewertet? **10**

Wer hat mitgemacht? **13**

Ergebnisse **18**

Anpassungsfähigkeit 20

Gerechtigkeit 32

Nachhaltigkeit 46

Impressum **59**

Über „Schwätz mat!“

Worum geht’s bei „Schwätz mat!“?

Mit dem Beteiligungsprozess „Schwätz mat! D’Zukunft vun eiser Altersofsécherung“ hat das Ministerium für Gesundheit und soziale Sicherheit im Auftrag der luxemburgischen Regierung einen umfassenden Konsultationsprozess zur zukünftigen Gestaltung der Altersvorsorge initiiert. Ziel des Prozesses ist es, frühzeitig die Meinungen und Perspektiven von Bürgerinnen und Bürgern, Akteurinnen und Akteuren aus der Zivilgesellschaft sowie von Expertinnen und Experten in die Diskussion über die Zukunft des Rentensystems einzubeziehen.

„Schwätz mat!“ verfolgt das übergeordnete Ziel, eine sachliche und transparente Auseinandersetzung mit einem komplexen Thema zu ermöglichen, das viele Menschen direkt betrifft. Im Mittelpunkt stehen Information, Beteiligung und Dialog, mit dem Anspruch, die Ergebnisse in die weitere politische Diskussion einfließen zu lassen.

Der Prozess ist in zwei Phasen unterteilt: Eine Konsultationsphase, die von Oktober 2024 bis Ende des Jahres stattfand, und eine Dialogphase, die Anfang 2025 begann. Die beiden Phasen unterscheiden sich sowohl in ihren konkreten Zielsetzungen als auch in den durchgeführten und geplanten Formaten.

Abbildung 1: Der „Schwätz mat!“-Prozess schematisch dargestellt.

Was ist in der Konsultationsphase schon passiert?

Die Konsultationsphase fand von Oktober bis Dezember 2024 statt. Ziel war es, die Öffentlichkeit umfassend über das aktuelle Rentensystem sowie dessen Herausforderungen zu informieren und erste Impulse für eine nachhaltige Weiterentwicklung zu sammeln. Zu diesem Zweck wurden 13 Hintergrundgespräche mit verschiedenen Stakeholder-Gruppen geführt.[1] Parallel dazu wurde eine Online-Plattform eingerichtet, auf der relevante Informationen gebündelt präsentiert wurden. Zudem hatten Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, ihre Vorschläge für ein nachhaltiges Rentensystem einzubringen. Über 2.000 Beiträge wurden eingereicht, die in einem ersten Auswertungsbericht thematisch geordnet und als Grundlage für die Themen der Dialogphase

[1] Die Protokolle dieser Termine finden Sie unter https://pensioun.schwätzmat.lu/dates

genutzt wurden[2]. Dabei kristallisierten sich drei zentrale Themen heraus: Anpassungsfähigkeit, Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit. Diese Themen spiegeln die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger wider und bilden den thematischen Rahmen für die anschließende Dialogphase, die im vorliegenden Bericht behandelt wird.

Wie konnte man diesmal mitmachen?

Die Online-Beteiligung in der Dialogphase war vom 12. Februar bis zum 9. März 2025 über die Plattform pensioun.schwätzmat.lu möglich. Interessierte konnten sich dort registrieren und zu den drei zentralen Themen Anpassungsfähigkeit, Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit des Rentensystems Stellung nehmen. Nach der Auswahl eines Themas hatten die Teilnehmenden die Möglichkeit, verschiedene Thesen zu bewerten und ihre Einschätzungen zu begründen oder bereits vorhandene Argumente zu unterstützen bzw. zu kommentieren. Siehe dazu auch den Abschnitt „Wer hat mitgemacht?“.

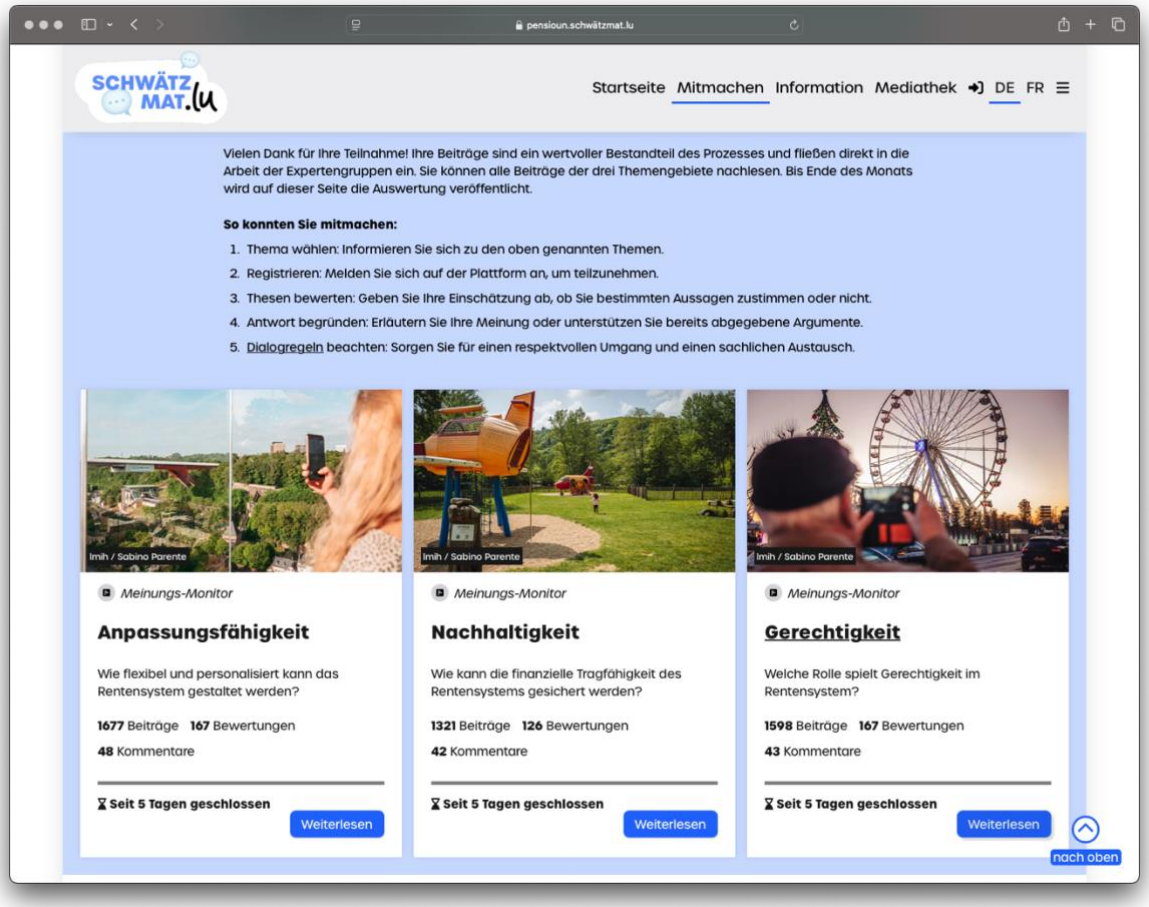


Abbildung 2: Die Mitmach-Seite des Online-Dialogs der zweiten Phase.

[2] Der Abschlussbericht der Online-Konsultation finden Sie unter pensioun.schwätzmat.lu/results-phase-1

Was steht in diesem Bericht?

Dieser Auswertungsbericht zielt darauf ab, die Beiträge und Bewertungen des Online-Dialogs systematisch auszuwerten und zentrale Argumentationsmuster sowie thematische Schwerpunkte aufzuzeigen.

Im diesem ersten Kapitel werden die wichtigsten Informationen zum „Schwätz mat!"-Prozess zusammengefasst. Es folgt ein „Résumé", das einen Überblick über die zentralen Analyseergebnisse gibt. Anschließend werden zwei wesentliche Fragen geklärt: „Wie haben wir ausgewertet?" erklärt die Methodik der Analyse. Der Abschnitt „Wer hat mitgemacht?" klärt wer die Teilnehmenden sind und welche Bevölkerungsgruppen im Online-Dialog über- oder unterrepräsentiert sind.

Im Kapitel „Ergebnisse" werden die Abstimmungsergebnisse sowie die zentralen Argumentationslinien zu den Thesen der Themenbereiche „Anpassungsfähigkeit", „Gerechtigkeit" und „Nachhaltigkeit" detailliert aufgezeigt. Die wichtigsten Argumente für und gegen jede These werden identifiziert. Jedes Schwerpunktthema endet mit einer Darstellung der zentralen Schlüsselaspekte und einer knappen Zusammenfassung wesentlicher Erkenntnisse.

Wie geht es weiter?

Die Analyse bildet eine Grundlage für die nächsten Schritte im Beteiligungsprozess – insbesondere für die Expertenrunden im März und April 2025, in denen die Ergebnisse weiter vertieft werden.[3] Die Expertenrunden gliedern sich wie der Online-Dialog auch in die drei zentralen Themenbereiche „Anpassungsfähigkeit", „Gerechtigkeit" und „Nachhaltigkeit". Die im Online-Dialog geäußerten Standpunkte und Bewertungen werden vor der Diskussion in den Expertenrunden präsentiert.

Im Sinne einer transparenten Prozessgestaltung bleiben sämtliche Beiträge öffentlich zugänglich. Wie auch alle Zwischenergebnisse, Protokolle und Auswertungsberichte sind sie auf pensioun.schwätzmat.lu verfügbar. Der gesamte Beteiligungsprozess wird Ende Frühjahr 2025 in einem abschließenden Synthesebericht dokumentiert. Dieser Bericht wird mit den Auswertungen der einzelnen Formate der Regierung übermittelt.

[3] Die Ergebnisse der drei Expertenrunden sind in den entsprechenden Terminen unter pensioun.schwätzmat.lu/dates dokumentiert

Résumé

Im Frühjahr 2025 fand die zweite Phase des Beteiligungsprozesses „Schwätz mat! – D'Zukunft vun eiser Altersofsecherung" statt. Vom 12. Februar bis zum 9. März konnten interessierte Bürger online ihre Ansichten und Vorschläge zur Zukunft der Altersvorsorge einbringen. Rund 800 registrierte Teilnehmende informierten sich, bewerteten konkrete Thesen, begründeten ihre Meinung und lasen die Meinung anderer und kommentierten diese Beiträge. Die Auswertung dieser Beiträge zeigt ein breites Meinungsspektrum, aber auch gemeinsame Anliegen: Gerechtigkeit, Generationensolidarität, finanzielle Nachhaltigkeit und mehr Flexibilität im System stehen im Fokus.

Die folgenden Abschnitte fassen die wichtigsten Themen, Bewertungen und Argumentationsmuster zusammen. Im Abschnitt „Ergebnisse" finden sich detaillierte Analysen zu allen diskutierten Thesen. Bei der Interpretation der Ergebnisse bleibt zu beachten, dass es sich bei dem Online-Dialog um ein Partizipations-Angebot für interessierte Bürger und nicht um eine repräsentative Erhebung handelt. Im Abschnitt „Wer hat mitgemacht?" werden die soziodemographischen Merkmale der Teilnehmenden erläutert.

Flexibilität und Anpassungsfähigkeit

Viele Teilnehmende wünschen sich ein Rentensystem, das flexibler und anpassungsfähiger ist. Individuelle Lebensläufe sollen stärker berücksichtigt werden können. Besonders häufig wurde der Ruf nach mehr Wahlfreiheit beim Renteneintritt laut. Konkret schlugen die Teilnehmenden vor:

- Flexibler Rentenübergang: Ob ein früherer Ruhestand oder länger arbeiten – das System soll individuelle Wahlmöglichkeiten bieten. Wichtig sind klare Rahmenbedingungen, damit diese Flexibilität nicht zu Lasten der Solidarität geht oder das System ins Ungleichgewicht bringt.
- Schrittweiser Ausstieg: Ein gleitender Übergang in die Rente – etwa durch Teilzeitarbeit oder Teilrenten im höheren Erwerbsalter – kann für viele ein guter Kompromiss sein. So können Ältere ihre Arbeitszeit reduzieren, ohne vollständig aus dem Arbeitsleben auszuscheiden.
- Schutz für belastende Berufe: Wer in einem körperlich anstrengenden Beruf gearbeitet hat, soll früher in Rente gehen dürfen, ohne finanzielle Nachteile. Viele fordern, dass das Rentensystem solche Härtefälle abfedert, damit langjährig Schwerarbeitende nicht benachteiligt werden.
- Anerkennung langer Beitragszeiten: Einige regen an, die Lebensarbeitszeit stärker zu würdigen. Wer sehr jung ins Berufsleben eingestiegen und entsprechend lang Beiträge geleistet hat, sollte weiterhin die Möglichkeit bekommen, früher in den Ruhestand zu wechseln.
- Bessere Vorbereitung und Beratung: Schließlich wurde auch der Ausbau von Information und Unterstützung thematisiert. Rechtzeitige Beratung, Weiterbildungsangebote für ältere Arbeitnehmer und Aufklärungskampagnen sollen dazu beitragen, dass sich alle optimal auf den Ruhestand vorbereiten können und ihre Möglichkeiten kennen.

Diese Ideen spiegeln den Wunsch wider, starre Regeln durch flexible Lösungen zu ersetzen. Gleichzeitig waren sich die Teilnehmenden bewusst, dass Flexibilität Grenzen braucht: Niemand sollte durch indirekten Zwang zu längerem Arbeiten gedrängt werden, und das Grundprinzip der Solidarität darf nicht verloren gehen. Den richtigen Ausgleich zwischen individueller Freiheit und systemischer Stabilität zu finden, wurde als zentrales Spannungsfeld identifiziert.

Gerechtigkeit und Generationensolidarität

Gerechtigkeit ist ein zentrales Anliegen der Teilnehmenden. Viele Beiträge betonen, dass das Rentensystem fair und solidarisch für alle Generationen gestaltet sein muss. Dabei geht es sowohl um Gerechtigkeit zwischen Jung und Alt (Generationensolidarität) als auch um die Gleichbehandlung unterschiedlicher Erwerbsbiografien und Berufsgruppen. Ein wichtiges Thema ist die Sicherung eines würdevollen Lebensabends für alle. So wird etwa gefordert:

- Erhöhung der Mindestrente: Niemand soll im Alter in Armut fallen – ein höherer Mindestpensionsbetrag soll allen ein existenzsicherndes Auskommen im Ruhestand ermöglichen.
- Anrechnung unbezahlter Lebensleistungen: Care-Arbeit, Kindererziehung, Ausbildung, Krankheit oder andere beitragsfreie Zeiten sollen bei der Rentenberechnung stärker berücksichtigt werden. Dies würde insbesondere helfen, die Rentenlücke zwischen Frauen und Männern zu verringern.
- Keine pauschalen Rentenkürzungen: Statt allgemeiner Leistungskürzungen fordern die Teilnehmenden langfristige, differenzierte Lösungen, welche die Finanzierung stützen, ohne ältere Generationen plötzlich zu belasten.
- Mehr Transparenz und Nachvollziehbarkeit: Oft geäußert wird der Wunsch nach einem einfach nachvollziehbaren Rentensystem. Klare Informationen darüber, wie die Rente berechnet wird, wer wie viel einzahlt und wer profitiert, sollen Vertrauen schaffen.
- Einheitliche Regeln für alle: Wiederholt wird angeregt, die verschiedenen Rentensysteme – für den öffentlichen Dienst und die Privatwirtschaft – anzugleichen. Einheitliche Spielregeln werden als Frage der Gerechtigkeit gesehen.
- Generationengerechte Finanzierung: Damit das System auch für junge Menschen attraktiv und fair bleibt, schlagen Teilnehmende eine breitere Finanzierung vor (z. B. durch Steuermittel oder das Ansparen von Reserven), um künftige Generationen nicht übermäßig zu belasten.

In den Diskussionen wurde deutlich, dass Meinungsunterschiede vor allem bei der Frage nach individueller Verantwortung versus Solidarität bestehen. Einige wenige argumentierten für ein striktes Prinzip „Keine Leistung ohne Gegenleistung“ (in diesem Falle überspitzt also „kein Beitrag, keine Rente“), während die Mehrheit auf Solidarität und Ausgleich pocht – besonders für Menschen, die „Lücken“ in ihrer Erwerbsbiografie haben, dadurch dass sie andere gesellschaftliche wertvolle Arbeit geleistet haben (z.B. Pflege, Erziehung). Trotz unterschiedlicher Ansichten besteht Konsens, dass das System transparent und nachvollziehbar sein muss, damit es von allen als gerecht empfunden wird.

Nachhaltigkeit und Finanzierung

Vielen Teilnehmenden ist bewusst, dass der demografische Wandel – immer mehr Menschen, die Rente empfangen bei gleichzeitig relativ weniger Beitragszahlern – eine große Herausforderung darstellt. Nachhaltigkeit im Sinne einer langfristig finanziellen Stabilität wurde daher intensiv diskutiert, allerdings stets mit dem Tenor, dass Lösungen sozial ausgewogen und nachhaltig – im Sinne einer langfristigen ökologischen Stabilität – sein müssen. Es herrscht Einigkeit, dass das Rentensystem zukunftsfest gemacht werden muss – doch über den Weg dorthin gehen die Meinungen auseinander. Häufig vorgeschlagen wurden unter anderem:

- Diversifizierte Finanzierung: Die Rentenkasse soll auf breitere Füße gestellt werden. Zusätzliche Geldquellen wie Steuereinnahmen, ein staatlicher Reservefonds oder höhere Beiträge von Spitzenverdienern könnten helfen, die Finanzierung weniger abhängig von der Bevölkerungsentwicklung zu machen.
- Wirtschaftskraft nutzen: Durch Wirtschaftswachstum und mehr Beschäftigung lässt sich die Basis der Rentenversicherung verbreitern. Teilnehmende betonen, dass Luxemburg attraktiv für Fachkräfte bleiben muss und die Produktivität gesteigert werden kann, um mehr Einzahler und damit höhere Einnahmen ins System zu bringen.
- Behutsame Anpassung des Rentenalters: Immer wieder wird diskutiert, das Renteneintrittsalter an die steigende Lebenserwartung anzupassen. Viele zeigen sich prinzipiell offen für eine moderate Erhöhung, betonen aber, dass dies schrittweise und mit Augenmaß geschehen muss – insbesondere mit Rücksicht auf körperlich oder gesundheitlich stark belastete Berufsgruppen.
- Stärkung der Zusatzvorsorge: Einige Teilnehmende plädieren dafür, betriebliche und private Altersvorsorge stärker zu fördern, um das gesetzliche System zu entlasten. Dies solle jedoch freiwillig und sozialverträglich erfolgen, damit keine neuen Ungleichheiten entstehen. Andere sehen einen Widerspruch darin alle drei Säulen stärken zu wollen und möchte auf die Stärkung der ersten, staatlichen Säule fokussieren.

Gerade beim Rentenalter zeigen sich allerdings stark polarisierende Ansichten. Ein Teil der Teilnehmenden hält eine Anhebung des Rentenalters für unumgänglich, um das System finanziell zu stabilisieren. Viele andere warnen hingegen davor, das Rentenalter pauschal zu erhöhen: Sie verweisen auf gesundheitliche Belastungen und fordern, dass längeres Arbeiten nur auf freiwilliger Basis und unter fairen Bedingungen stattfinden darf. Ähnlich kontrovers ist das Thema Rentenkürzungen: Die meisten lehnen generelle Leistungskürzungen ab, während einige wenige sie für notwendig und auch generationengerecht halten. Konsens besteht wiederum darin, dass neue Lösungswege gefunden werden müssen, um die Altersvorsorge finanziell zu sichern, ohne soziale Gerechtigkeit zu gefährden.

Wer wie abgestimmt hat

Die Auswertung der Bewertungen und Kommentare im Online-Dialog zeigt, dass soziodemografische Merkmale einen spürbaren Einfluss auf die Haltung zu den einzelnen Thesen und Themenbereichen hatten. Diese Unterschiede geben wertvolle Hinweise darauf, wie vielfältig die Erwartungen an das Rentensystem sind – je nach Lebenssituation, Berufserfahrung oder Generationenzugehörigkeit. Welche demographischen Gruppen unter den Teilnehmenden im

Vergleich zur luxemburgischen Wohn- oder Arbeitsbevölkerung unter- oder überrepräsentiert sind ist im Abschnitt „Wer hat mitgemacht?“ dargelegt.

Jüngere Teilnehmende (unter 40 Jahre) stimmten insgesamt deutlich reformorientierter ab. Sie bewerteten Vorschläge zur stärkeren Berücksichtigung atypischer Erwerbsverläufe, zur breiteren Finanzierung und zu mehr Generationengerechtigkeit überdurchschnittlich häufig positiv. Ältere Teilnehmende (60+) zeigten sich zurückhaltender bei Reformvorschlägen, insbesondere wenn diese ihre eigenen Ansprüche betreffen könnten – etwa bei der Anhebung des Rentenalters oder der Deckelung hoher Renten. Die mittleren Altersgruppen (40–59 Jahre) lagen in vielen Fällen dazwischen, unterstützten jedoch ebenfalls oft Anliegen wie Fairness und langfristige Stabilität.

Auch zwischen den Geschlechtern zeigten sich Unterschiede: Frauen befürworteten häufiger Thesen zur Anrechnung unbezahlter Zeiten sowie zur Mindestrente und zeigten insgesamt ein stärkeres Interesse an Fragen sozialer Ausgewogenheit. Männer stimmten dagegen häufiger Thesen zu, die Eigenverantwortung, Systemstabilität oder Flexibilisierung betonten.

Auch der berufliche Hintergrund spiegelte sich zum Teil in den Bewertungen wider. Beschäftigte im öffentlichen Dienst standen einer Harmonisierung der Rentensysteme eher kritisch gegenüber. Selbstständige hingegen befürworteten häufiger Vorschläge zur Einbeziehung weiterer Einkommensarten in die Rentenfinanzierung. Personen mit unterbrochenen Erwerbsbiografien äußerten sich in Kommentaren oft zu Problemen der Anerkennung von Zeiten wie Familienarbeit oder Weiterbildung.

Der Online-Dialog in Phase 2 zeigt, wie vielfältig die Erwartungen an die Zukunft der Alterssicherung sind – und wie hoch das Interesse an einer aktiven Mitgestaltung. Trotz unterschiedlicher Sichtweisen treten übergreifende Anliegen deutlich hervor: Gegenseitiges Verständnis der Generationen und das Bewusstsein einer gemeinsamen Verantwortung für ein vielfach geschätztes Rentensystem, das für Stabilität und Vertrauen steht, sowie der starke Wunsch nach finanzieller Zukunftssicherheit und nach einem solidarischen, fairen System.

Die im Dialog eingebrachten Beiträge bilden eine substanzielle Grundlage für die nun folgenden fachlichen Vertiefungen. Sie fließen in die anstehenden Expertenrunden ein.

Wie haben wir ausgewertet?

Der Online-Dialog zu „Schwätz mat!“ war ein offenes Angebot, das sich an die interessierte Öffentlichkeit richtet. Insgesamt haben sich 801 Personen auf der Plattform angemeldet. Der Online-Dialog ist nicht mit einer repräsentativen Befragung der luxemburgischen Wohn- oder Arbeitsbevölkerung zu verwechseln. Weder die Gruppe der Teilnehmenden noch die Ergebnisse können mit einer klar abgrenzbaren Grundgesamtheit verglichen werden. Die Auswertung basiert ausschließlich auf den Beiträgen und Bewertungen der aktiv teilnehmenden Personen. Die 801 registrierten Nutzer konnten frei entscheiden, zu welchen Thesen sie sich äußern wollten. Es konnten also nur die Stimmen und Beiträge jener berücksichtigt werden, die tatsächlich abgestimmt oder eigene Beiträge verfasst haben. Diese Selbstselektion führt zu einer Überrepräsentation von besonders engagierten Teilnehmenden, während weniger aktive Personen unberücksichtigt bleiben.

Zur Analyse des Online-Dialogs wurden quantitative und qualitative Auswertungen kombiniert. Die quantitative Analyse konzentrierte sich auf das Bewertungsverhalten der Teilnehmenden und zentrale Kennzahlen zur Meinungsverteilung. Die qualitative Analyse untersuchte die eingereichte Textbeiträge und Kommentare, um Argumentationsmuster und Konfliktthemen zu identifizieren. Diese Kombination ermöglicht differenzierte Einblicke in die Positionen der aktiven Teilnehmenden. Im Folgenden werden die einzelnen Schritte zur Auswertung der Beiträge erläutert.

Quantitative Auswertung

Abstimmungsdaten erfassen und vorbereiten

Die quantitative Auswertung basiert auf den abgegebenen Bewertungen zu den Thesen des Online-Dialogs. Die Teilnehmenden konnten ihre Haltung zu den einzelnen Thesen auf einer fünfstufigen Skala ausdrücken: „Stimme voll und ganz zu“, „Stimme eher zu“, „Stimme weder zu noch lehne sie ab“, „Stimme eher nicht zu“ und „Stimme voll und ganz nicht zu“. Die Anzahl der Stimmen wurde je These absolut erfasst und deren prozentuale Verteilung zur Visualisierung als gestapeltes Balkendiagramm aufbereitet (Siehe Kapitel „Ergebnisse“).

Berechnung zentraler Kennwerte

Zur präzisen Darstellung der Meinungsverteilung wurden zentrale Kennwerte berechnet. Dies umfasste die Ermittlung des Mittelwerts der Abstimmungsergebnisse auf einer Skala von 1 („Stimme voll und ganz nicht zu“) bis 5 („Stimme voll und ganz zu“). Ergänzend wurden zusätzliche Kennzahlen erhoben: die Anzahl der abgegebenen Beiträge je These, der Anteil der Teilnehmenden, die neben ihrer Abstimmung eine Begründung in Form eines Textbeitrags hinterließen, sowie die Anzahl der Kommentare zu Beiträgen zur Ermittlung der Diskussionsintensität.

Kontextualisierung der quantitativen Ergebnisse

Die quantitative Analyse wurde durch eine Kontextualisierung der Ergebnisse ergänzt. Hierbei wurden die Abstimmungsergebnisse in Relation zur qualitativen Analyse gesetzt. Konfliktthemen

wurden identifiziert, indem Abstimmungsverhalten und Argumentationsmuster miteinander verglichen wurden.

Qualitative Auswertung

Beiträge zur Auswertung vorbereiten

Für die qualitative Auswertung wurden alle eingereichten Beiträge vollständig gelesen, wobei Kommentare ohne inhaltlichen Bezug zum Thema nicht bei der Analyse beachtet wurden. Wo erforderlich, wurden Beiträge in eine der drei Analyse-Sprachen (Französisch, Deutsch oder Englisch) übersetzt, wobei eine maschinelle Übersetzung durch Muttersprachler überprüft wurde. Die Kommentare zu einzelnen Beiträgen wurden ebenfalls gesammelt und aufbereitet.

Argumentationen aus dem Material ableiten

Die qualitativen Argumente wurden induktiv aus dem Material abgeleitet. Auf Basis der Methodik von Kuckartz und Rädiker (2024)[4] sowie unterstützt durch das KI-basierte Tool Claude 3.5 Sonnet wurden Argumente identifiziert und deren Häufigkeit im Material erfasst. Die Argumente und Beispiele wurden manuell überprüft und bei mehrfacher Nennung, absteigend nach ihrer Häufigkeit im Abschnitt „Ergebnisse“ aufgeführt. Die Argumentationslinien wurden anhand der Abstimmungskategorien Zustimmung, Ablehnung und Enthaltung strukturiert.

Pro These: Verbindungsmuster und Konfliktthemen identifizieren

Die identifizierten Argumentationsmuster wurden systematisch verglichen, um zentrale Konfliktthemen herauszuarbeiten. Besondere Aufmerksamkeit galt dabei der Analyse polarisierender Thesen, welche anhand folgender etablierter Kriterien identifiziert wurden:

- Bimodalität der Verteilung: Eine polarisierende These zeigt typischerweise eine U-förmige Verteilung oder zumindest eine breitere Streuung über das gesamte Bewertungsspektrum.
- Gleichmäßigkeit der Verteilung: Je gleichmäßiger die Verteilung über positive und negative Bewertungen, desto stärker die Polarisierung.
- Abwesenheit von Konsens: Ein geringer Anteil neutraler Bewertungen im Vergleich zu extremen Positionen deutet auf Polarisierung hin.

Pro Themenbereich: Verbindungsmuster und Konfliktthemen identifizieren

Im Rahmen der qualitativen Auswertung wurden für jeden Themenbereich inhaltliche Verbindungsmuster identifiziert, also wiederkehrende Argumente, Werthaltungen oder Problemdeutungen, die sich über mehrere Beiträge hinweg nachzeichnen lassen. Ziel war es, typische Argumentationslinien sichtbar zu machen, die bestimmte Sichtweisen auf das Thema strukturieren.

Ergänzend dazu wurde untersucht, ob diese Muster mit bestimmten demografischen Merkmalen in Zusammenhang stehen. Dabei kamen sowohl deduktive Kategorien, die bei der Anmeldung abgefragt wurden (z. B. Alter, Erwerbsstatus, Geschlecht, Wohnort) als auch induktiv gewonnene Differenzierungen (z.B. Familiensituation) zur Anwendung.

---

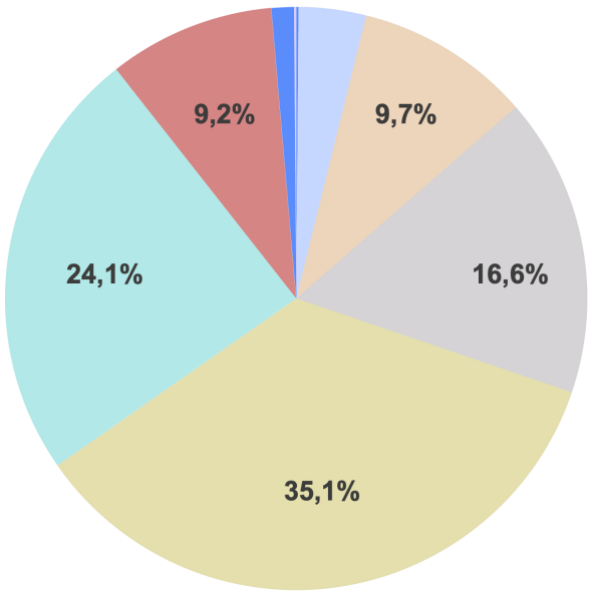
[4] Udo Kuckartz, Stefan Rädiker: Qualitative Inhaltsanalyse. Methoden, Praxis, Umsetzung mit Software und künstlicher Intelligenz (6. Auflage, 2024)

Die Kombination dieser beiden Analyseebenen – inhaltliche Muster und demografische Bezüge – erlaubt es, typische Perspektiven bestimmter Gruppen herauszuarbeiten und soziodemografisch geprägte Sichtweisen zu erfassen. Dabei wurden nur dort konkrete Aussagen getroffen, wo dies aus den Daten möglich war (zum Beispiel nicht, wenn die Fallzahlen für eine demographische Gruppe sehr gering waren). Die Auswertung erfolgte entlang der Methodenvorschläge zur typenbildenden Inhaltsanalyse nach Kuckartz und Rädiker (2024) sowie unter Einsatz digitaler Unterstützung (Claude 3.5 Sonnet) zur Erkennung semantischer Muster.

Wer hat mitgemacht?

Der Online-Dialog der zweiten Phase im „Schwätz mat!"-Prozess lief über einen Zeitraum von 27 Tagen. Vom 12. Februar bis 9. März 2025 haben 4.907 eindeutige Besucher insgesamt 28.070 Seiten aufgerufen. Im Tagesdurchschnitt sind das 182 eindeutige Besucher und 1.040 aufgerufene Seiten. Die durchschnittliche Besuchszeit lag bei 3 Minuten und 29 Sekunden.[5] In diesem Zeitraum haben sich 801 Personen auf der Seite angemeldet, um am Online-Dialog teilnehmen zu können. Bei der Anmeldung wurden folgende Daten abgefragt.

Altersverteilung



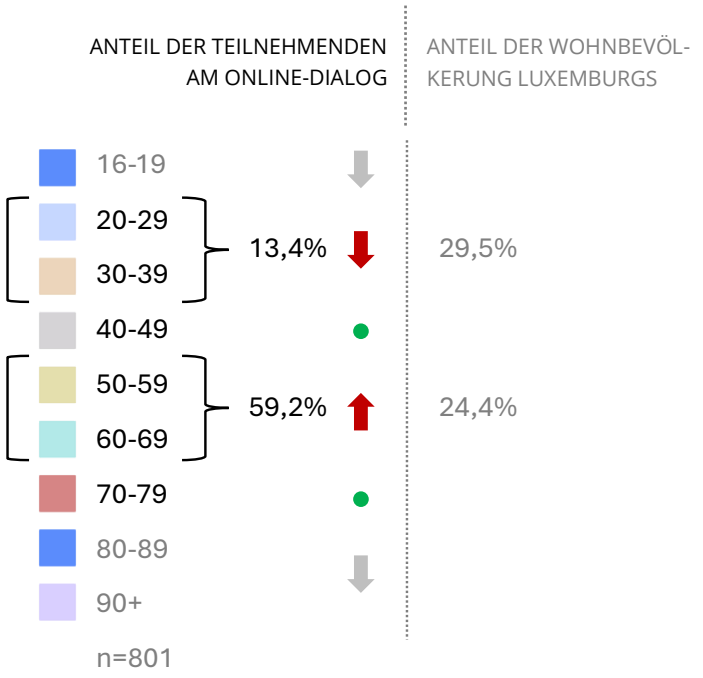
16-19 Jahre:	0,1%	(1 Person)
20-29 Jahre:	3,7%	(30 Personen)
30-39 Jahre:	9,7%	(78 Personen)
40-49 Jahre:	16,6%	(133 Personen)
50-59 Jahre:	35,1%	(281 Personen)
60-69 Jahre:	24,1%	(193 Personen)
70-79 Jahre:	9,2%	(74 Personen)
80-89 Jahre:	1,2%	(10 Personen)
90+ Jahre:	0,1%	(1 Person)

n=801

Um am Online-Dialog teilnehmen zu können, musste bei der Anmeldung ein Mindestalter von 16 Jahren bestätigt werden. Vergleicht man die Altersverteilung der Teilnehmenden mit der Altersverteilung der Wohnbevölkerung Luxemburgs[6], fällt auf, dass die jüngeren und älteren Gruppen (bis 39 Jahre und ab 80 Jahre) im Online-Dialog unterrepräsentiert sind. Gleichzeitig gibt es in diesen Gruppen aber auch die geringsten Fallzahlen.

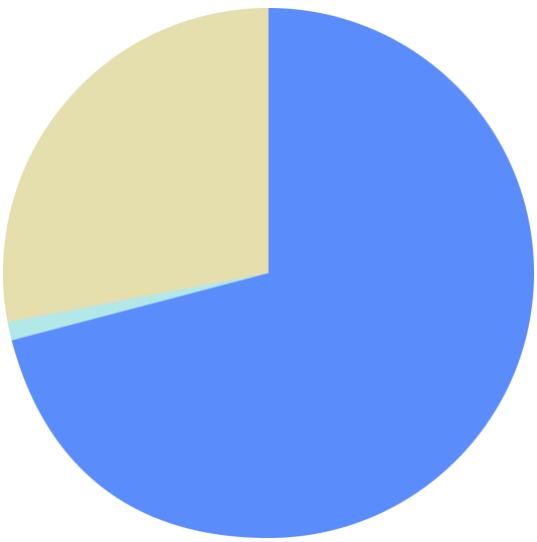
Die Altersgruppe zwischen 50 und 69 Jahre ist dagegen deutlich überrepräsentiert. Diese Gruppe macht 59,2 % der Teilnehmenden des Online-Dialogs aus. Der Anteil dieser Altersgruppe unter der Wohnbevölkerung Luxemburgs macht aber lediglich 24,4 % aus. Im Vergleich macht die Altersgruppe zwischen 20 und 39 Jahren 29,5% der Wohnbevölkerung Luxemburgs aus, unter den Teilnehmenden des Online-Dialogs aber nur 13,4 %.[7]

[5] Besuche wurden nur erfasst, wenn den optionalen statistischen Cookies zugestimmt wurde.
[6] Der Online-Dialog stand auch Personen offen, die nicht in Luxemburg wohnen. Rund 86% der Teilnehmenden gab jedoch an in Luxemburg zu wohnen.
[7] Quelle: STATEC, Population luxembourgeoise et étrangère par âge et sexe au 1er janvier (1.1.2024)



Die roten Pfeile zeigen eine deutliche Über- bzw. Unterrepräsentation zwischen Teilnehmenden und Wohnbevölkerung. Grüne Punkte zeigen eine Übereinstimmung in den Anteilen. Die grauen Pfeile verweisen auf eine Unterrepräsentation aufgrund von zu geringen Fallzahlen (siehe oben).

Geschlechterverteilung



Männlich:	70,9%	(568 Personen)
Weiblich:	28,0%	(224 Personen)
Divers:	1,1%	(9 Personen)

n=801

Mit fast 80 Prozent sind Männer unter den Teilnehmenden des Online-Dialogs deutlich überrepräsentiert. Mit 28 Prozent hingegen sind Frauen deutlich unterrepräsentiert. Unter der Wohnbevölkerung Luxemburgs besteht ein ausgeglichenes Geschlechterverhältnis, dabei differenziert der STATEC nur binär.[8]

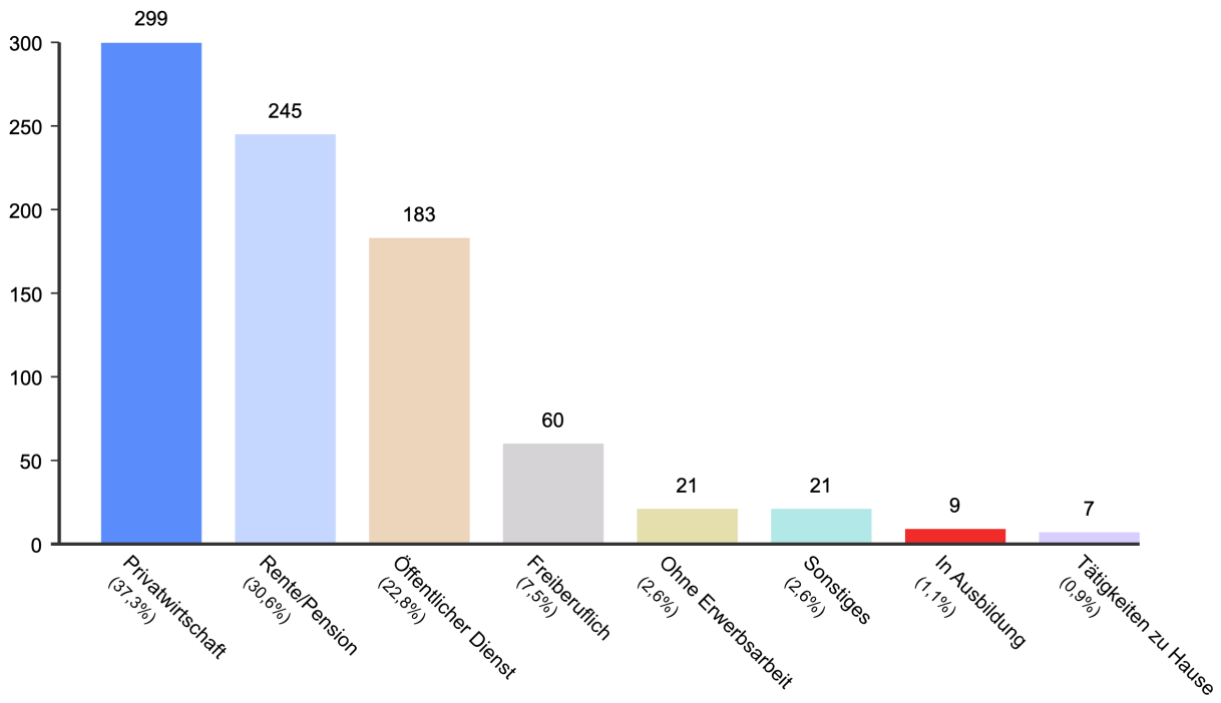
[8] Männeranteil von 50,36% Frauenanteil von 49,63%, Zahlen vom 1.1.2024, Quelle: STATEC, Population luxembourgeoise et étrangère par âge et sexe au 1er janvier

Arbeitsleben

Bei der Anmeldung wurde gefragt: „In welche(n) Etappe(n) befinden Sie sich gerade im Arbeitsleben? Wählen Sie bis zu zwei Optionen aus.“ Insgesamt wurden von den 801 Teilnehmenden 845 Antworten gegeben, 44 Personen (circa 5,5% aller Teilnehmenden) haben mehr als eine Antwortoption gewählt. Die Antworten verteilen sich wie folgt auf die vorgegebenen Antwortmöglichkeiten:

In Privatwirtschaft beschäftigt:	299 Nennungen	(37,3%)
In Rente/Pension:	245 Nennungen	(30,6%)
Im öffentlichen Dienst beschäftigt:	83 Nennungen	(22,8%)
Freiberuflich tätig:	60 Nennungen	(7,5%)
Zurzeit ohne Erwerbsarbeit:	21 Nennungen	(2,6%)
Sonstiges:	21 Nennungen	(2,6%)
In Ausbildung, inkl. Studium:	9 Nennungen	(1,1%)
Tätigkeiten zu Hause, inkl. Erziehung und Pflege, exkl. gesetzlicher Eltern- oder Pflegeurlaub	7 Nennungen	(0,9%)

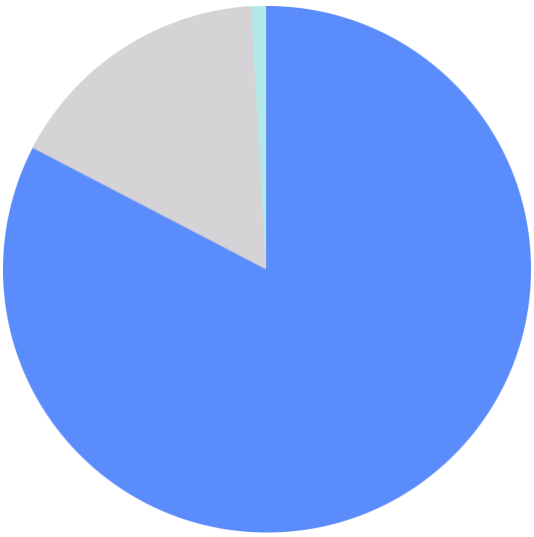
n=845



Die grafische Darstellung zeigt deutlich, dass die meisten Umfrageteilnehmer in der Privatwirtschaft beschäftigt sind, gefolgt von Rentnern/Pensionären und Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Diese drei Gruppen machen zusammen knapp über 90% der Antworten auf die Frage aus.

Arbeitsort

Die Frage „Ist Ihr regulärer Arbeits-/Ausbildungsort in Luxemburg? (Falls zutreffend)" konnte mit „Ja" oder „Nein" beantwortet oder übersprungen werden.



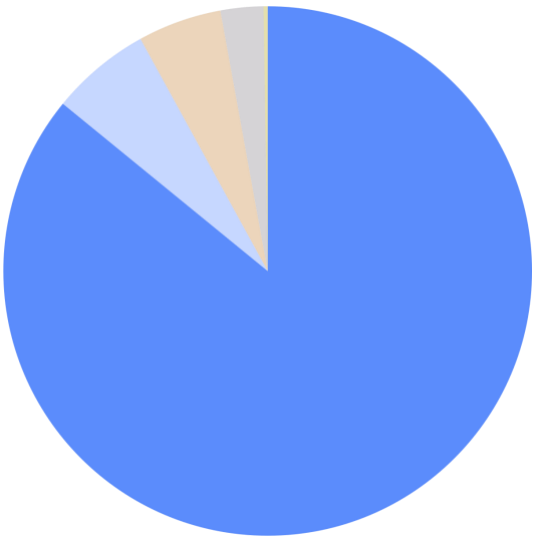
Ja:	77,5%	(621 Personen)
Keine Angabe:	21,5%	(172 Personen)
Nein:	1,0%	(8 Personen)

n=801

Von den 629 Personen, die die Frage beantwortet haben, arbeiten oder studieren 98,7% in Luxemburg, nur 1,3% in einem anderen Land. Von den 172 Personen, die keine Angabe gemacht haben, haben 146 Personen (84,9%) in der vorherigen Frage angegeben bereits in Rente oder Pension zu sein.

Wohnort

Auf die Frage „Wo wohnen Sie? " konnte die Teilnehmenden Luxemburg, eines der Nachbarländer oder die Option „Sonstige" auswählen.



Luxemburg:	85,9%	(688 Personen)
Frankreich:	6,1%	(49 Personen)
Belgien:	5,1%	(41 Personen)
Deutschland	2,6%	(21 Personen)
Sonstige:	0,2%	(2 Personen)

n=801

Vergleicht man die Ergebnisse mit der statistischen Verteilung der aktiven Bevölkerung zeigt sich[9], dass Grenzgänger im Online-Dialog deutlich unterrepräsentiert sind.

Fazit

Betrachtet man die demografischen Angaben übergeordnet, wird deutlich, dass die überwiegende Mehrheit der Teilnehmenden des Online-Dialogs Arbeitnehmende in Luxemburg, die auch im Land wohnen, sind. Die Teilnehmenden sind häufig Männer aus der Altersgruppe 40 bis 70 Jahre.

Vergleicht man also die Teilnehmenden mit der Wohnbevölkerung sind vor allem junge Menschen unter 40 und generell Frauen unterrepräsentiert. Im Vergleich zur statistischen Verteilung des Arbeitslebens ist die Gruppe der Rentner/Pensionisten und der Beschäftigen des öffentlichen Dienstes stärker vertreten. Die Gruppe der Grenzgänger ist unter den Teilnehmenden hingegen stark unterrepräsentiert.

! Bei der Einschätzung der Ergebnisse, v.a. der quantitativen Zustimmungsraten zu den Thesen, sind die in diesem Kapitel dargelegten Besonderheiten der Stichprobe unbedingt mitzudenken. Darüber hinaus ist zu beachten, dass der Online-Dialog in erster Linie ein Angebot an Interessierte war, sich über das Thema zu informieren, auszutauschen und sich zu selbst ausgewählten Aspekten inhaltlich einzubringen. Die Ergebnisse sollten also in keinem Fall mit einer auf die Wohn- und/oder Arbeitsbevölkerung repräsentativen Erhebung verwechselt werden.

[9] Quelle: Inspection générale de la sécurité sociale – Cahier statistiques, n 18, Projections démographiques et financières du régime général d'assurance pension (2024); Die „aktive“ Bevölkerung umfasst hier arbeitende oder arbeitssuchende Menschen, die im régime général der luxemburgischen Rentenversicherung versichert sind (also ohne öffentlichen Dienst): 260.000 davon sind in Luxemburg wohnhaft, 230.000 außerhalb. Bei Personen, die bereits Rente beziehen, ist das Verhältnis zwischen diesen beiden Gruppen ausgeglichen, jeweils 105.000 Personen.

Ergebnisse

Drei Themen, 21 Thesen

Die Themen des Online-Dialogs der zweiten Phase wurden aus den Beiträgen der öffentlichen Online-Konsultation der ersten Phase abgeleitet. In der ersten Phase Ende 2024 wurden die Bürger gebeten: „Teilen Sie uns Ihre Vorschläge für eine nachhaltige Altersvorsorge mit.“ Die Analyse der über 2000 eingereichten Beiträge zeigte eine breite Vielfalt an Argumenten und Themen, die eng miteinander verknüpft sind. Beim Blick auf die Verbindungen der Einzelthemen kristallisierten sich drei dominante Cluster heraus. Diese Verbindungscluster tauchen in den eingereichten Beiträgen wiederholt auf und können als die für die Teilnehmenden wichtigsten Themengebiete bezeichnet werden.

- Der erste Cluster betrifft **Gerechtigkeitsaspekte**, insbesondere Generationengerechtigkeit und die Harmonisierung zwischen den Rentensystemen für privatwirtschaftlich und öffentlich Beschäftigte.
- Der zweite Cluster umfasst **Nachhaltigkeitsaspekte**, wobei sowohl die finanzielle als auch die ökologische Nachhaltigkeit thematisiert werden. Der Nachhaltigkeitscluster verbindet demografische Entwicklungen mit Finanzierungsfragen und Generationengerechtigkeit.
- Der dritte Cluster betrifft **Aspekte der Anpassungsfähigkeit** des Rentensystems. Dies bezieht sich sowohl auf individuelle Übergangslösungen als auch auf berufsspezifische Anpassungen. Der Cluster zeigt enge Verbindungen zwischen Renteneintrittsalter, beruflicher Belastung und individuellen Lebenslagen.

Innerhalb dieser drei Themen wurden für die zweite Phase konkrete Thesen gebildet. Die Thesen leiten sich aus aktuellen Studien zum Thema ab. Sie greifen damit valide Analysen und vorhandene Vorschläge auf und stellen diese zur Diskussion. Alle Ergebnisse der ersten Phase, die zugrundeliegenden Studien sowie die Thesen selbst sind weiterhin über pensioun.schwätzmat.lu einsehbar.

Qualitative und quantitative Ergebnisse

Im folgenden Kapitel sind quantitative und qualitative Ergebnisse dargestellt. Die quantitativen Ergebnisse zeigen, inwieweit die Teilnehmenden der vorgegebenen These zustimmen bzw. sie ablehnen Die qualitativen Ergebnisse zeigen, mit welchen Argumenten die Teilnehmenden ihre Tendenzen begründeten. Für eine detaillierte Erläuterung, wie die Daten qualitativ und quantitative ausgewertet wurden siehe den Abschnitt „Wie haben wir ausgewertet?“. Auch signifikante Unterschiede in den demographischen Daten (siehe Abschnitt „Wer hat mitgemacht?“) werden im Folgenden pro These dargelegt.

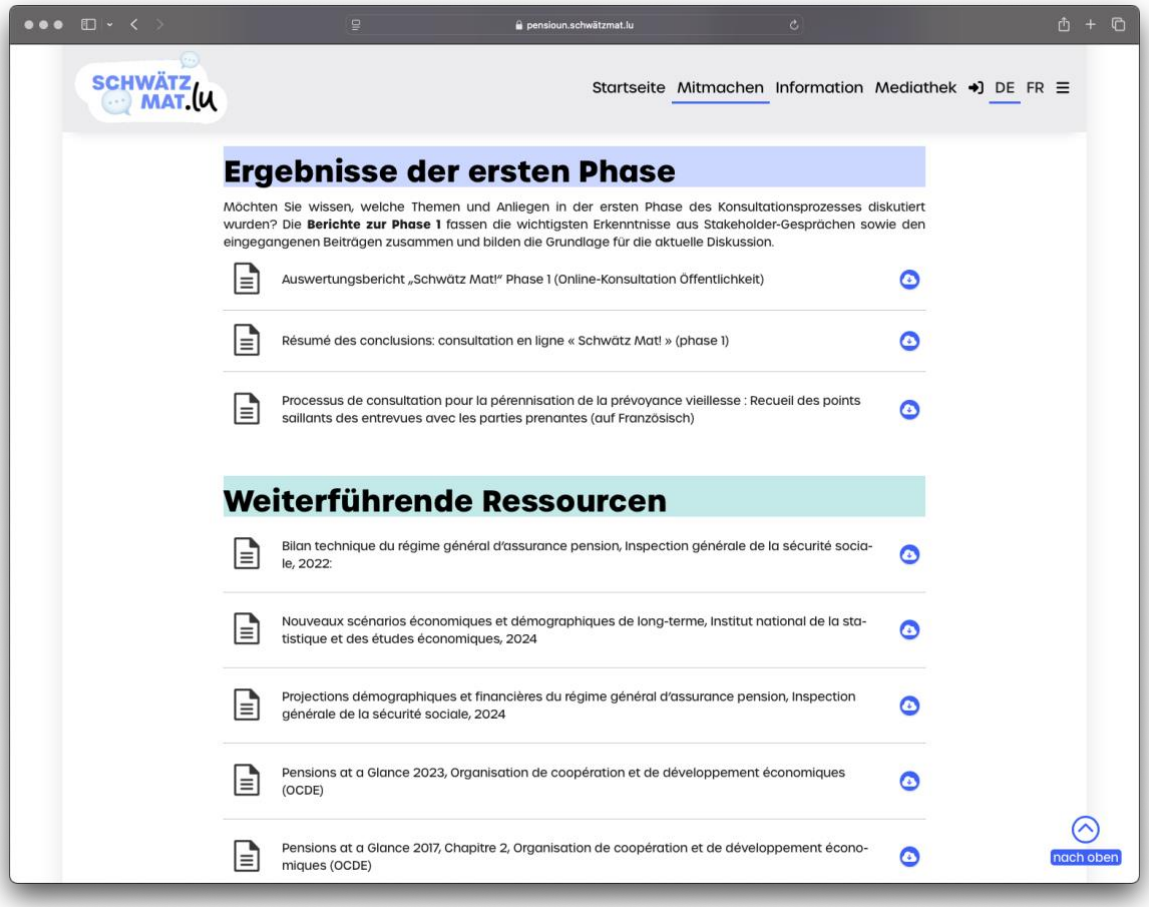


Abbildung 3: Alle Zwischenergebnisse und weiterführenden Ressourcen sind online verfügbar.

Der Dialog in Zahlen

Während 27 Tagen haben sich 801 Personen auf der Plattform zur Teilnahme registriert. Insgesamt wurden die 21 Thesen 4.587-mal bewertet. Bei 39 % aller Bewertungen haben die Teilnehmenden ihre Abstimmung mit einem Text begründet. Auf diese 1791 Text-Beiträge wiederum wurde in 133 Kommentaren reagiert. Während des Dialogzeitraums haben 4.907 eindeutige Besucher insgesamt 28.070 Seiten aufgerufen. Im Tagesdurchschnitt sind das 1.040 Seitenaufrufe von 182 eindeutigen Besuchern. Durchschnittlich haben diese sich während 3:29 Minuten auf der Plattform aufgehalten, um sich zu informieren und mitzumachen.[10]

Bei der Interpretation der Teilnehmendenzahlen und Zustimmungsraten ist zu beachten, dass es sich bei dem Online-Dialog um ein Angebot handelte, sich über das Thema zu informieren, auszutauschen und sich zu selbst ausgewählten Aspekten inhaltlich einzubringen. Die Ergebnisse sollten also in keinem Fall mit einer auf die Wohn- und/oder Arbeitsbevölkerung repräsentativen Erhebung verwechselt werden. Zu demographischen Besonderheiten der Stichprobe siehe den Abschnitt „Wer hat mitgemacht?".

[10] Besuche wurden nur erfasst, wenn den optionalen statistischen Cookies zugestimmt wurde.

Anpassungsfähigkeit

Worum geht es?

In diesem Thema geht es um die Frage, wie flexibel und personalisiert das Rentensystem gestaltet werden kann und welche Vor- und Nachteile daraus entstehen können.

Einleitender Text des Online-Dialogs: *Ein flexibles und personalisiertes Rentensystem würde es jedem ermöglichen, sein Renteneintrittsalter entsprechend seinem Gesundheitszustand, seinen finanziellen Bedürfnissen und seiner Arbeitsbelastung zu wählen, und gleichzeitig einen gleitenden Übergang in den Ruhestand fördern. Dieser Ansatz steigert das geistige und soziale Wohlbefinden und verlängert die Laufbahn erfahrener Arbeitnehmer, was die Finanzierung der Renten stärkt, spezialisierte Sektoren unterstützt und den Arbeitskräftemangel mildert.*

Länger zu arbeiten kann jedoch zu verstärkter Ermüdung führen, insbesondere in anstrengenden Berufen, und die Ungleichheiten für Arbeitnehmer mit niedrigem Einkommen oder unterbrochenen Karrieren verstärken. Zu den Herausforderungen gehören auch die Anpassung an Marktveränderungen und der Mangel an Weiterbildungsangeboten zur Erhaltung der Beschäftigungsfähigkeit. Die Anerkennung der Vielfalt der Situationen und die Bereitstellung geeigneter Lösungen bleiben entscheidend, um diese Herausforderungen miteinander in Einklang zu bringen.

Zusammenfassung der Ergebnisse

Die Analyse zeigt eine breite Zustimmung zu Thesen, die individuellere oder flexiblere Lösungen im Rentensystem vorschlagen: Ein schrittweiser Renteneintritt wird von 84 % der Teilnehmenden positiv bewertet, vor allem von den 40- bis 49-Jährigen und den über 70-Jährigen. 86 % der Teilnehmenden befürworten flexible Rentenoptionen, die es ermöglichen, zwischen einer vorzeitigen oder verlängerten Rente mit entsprechenden Anpassungen zu wählen. Besonders hohe Zustimmung kommt dabei von Beschäftigten in der Privatwirtschaft sowie von jüngeren Personen unter 30 Jahren – wobei in dieser jungen Altersgruppe die geringen Fallzahlen zu beachten sind (vgl. Abschnitt „Altersverteilung“).

Demgegenüber stoßen Thesen zur strukturellen Maßnahme der Anhebung des Rentenalters auf deutlich mehr Skepsis. Stark polarisierte Verteilungen der Ergebnisse zeigen die Thesen zu möglichen negativen gesellschaftlichen Folgen einer Anhebung (62 % Zustimmung gegenüber 29 % Ablehnung) und möglichen positiven gesundheitliche Auswirkungen einer Anhebung (49 % Zustimmung gegenüber 29 % Ablehnung) Die Zustimmung variiert hier stark nach Alter, Geschlecht und Beruf: Frauen und Freiberufler sind tendenziell offener, während Rentner und Beschäftigte im öffentlichen Dienst kritischer sind.

Im Thema Anpassungsfähigkeit haben jeweils circa 30 % bis 40 % der Personen, die eine These bewerten, auch eine Begründung dazu geschrieben. Die Analyse der Beiträge zeigt klare Unterschiede in den Begründungen von Personen, die eine gesteigerte Anpassungsfähigkeit des Pensionssystems befürworten bzw. ablehnen:

Zustimmende Argumente betonen vor allem die Notwendigkeit von Flexibilität. Sie plädieren dafür, Rentenregelungen an individuelle Faktoren wie Gesundheit, Berufsbelastung und Lebenssituation anzupassen. Auch positive Beispiele wie die „retraite progressive“ werden genannt. Gleichzeitig weisen sie darauf hin, dass Arbeitgeber dabei nicht überfordert werden sollten.

Ablehnende Argumente äußern hauptsächlich Bedenken hinsichtlich sozialer Gerechtigkeit und praktischer Umsetzbarkeit. Sie sehen negative Folgen einer Anhebungen des Rentenalters und warnen beispielsweise vor einer zusätzlichen Belastung der Unternehmen. Gesundheitliche Einschränkungen im Alter und die Verantwortung des Staates sind weitere zentrale Argumente.
Gemeinsamkeiten sind die Betonung von transparenter Kommunikation und differenzierten Lösungen, die den unterschiedlichen Lebensrealitäten der Menschen Rechnung tragen.

Kurz gesagt: Anpassungsfähigkeit schafft Spielräume – aber braucht klare Leitplanken. Flexible und individuelle Lösungen stoßen auf breite Zustimmung, während Maßnahmen wie eine pauschale Erhöhung des Rentenalters deutlich umstrittener sind. Ein anpassungsfähiges Rentensystem berücksichtigt unterschiedliche Lebenswege, ohne die finanzielle Tragfähigkeit aus den Augen zu verlieren.

Der breite Zuspruch zu flexiblen Rentenoptionen zeigt, dass individuelle Wahlmöglichkeiten beim Renteneintritt als gerecht und zeitgemäß empfunden werden. Besonders stark ist die Forderung nach Modellen, die auf unterschiedliche Erwerbsbiografien, gesundheitliche Belastungen und persönliche Lebenslagen Rücksicht nehmen. Strukturelle Maßnahmen wie eine allgemeine Rentenaltersanhebung werden hingegen nur unter bestimmten Voraussetzungen akzeptiert – etwa wenn sie mit Ausnahmeregelungen für besonders belastete Gruppen einhergehen. Auch der Wunsch nach Unterstützung älterer Arbeitnehmender, etwa durch Weiterbildung oder altersgerechte Arbeitsbedingungen, wird klar artikuliert. Gleichzeitig unterstreichen viele Teilnehmende die Bedeutung transparenter Informationen, um individuelle Entscheidungen fundiert treffen zu können und das Vertrauen in die Reformfähigkeit des Systems zu stärken.

Persönliche Erfahrungen, etwa mit belastenden Berufen, gesundheitlichen Einschränkungen oder unterbrochenen Erwerbsbiografien, prägen maßgeblich die Haltung der Teilnehmenden. Zwar spielen auch Alter oder Beruf eine Rolle, doch die qualitative Analyse verdeutlicht, dass insbesondere konkrete Lebensrealitäten und Erwartungen an das eigene Altern ausschlaggebend für die Bewertung von Reformoptionen sind.

Schrittweiser Renteneintritt

THESE: *„Es ist notwendig, die Möglichkeit eines schrittweisen Renteneintritts einzuführen, indem eine Reduzierung der Arbeitszeit ermöglicht wird und gleichzeitig eine teilweise oder sogar reduzierte Rente mit einem Arbeitseinkommen kombiniert wird."*

318 Personen haben zu dieser These abgestimmt. 175 stimmen voll und ganz zu (■ 55%). 93 stimmen eher zu (■ 29%), 19 stimmen der These weder zu noch lehnen sie sie ab (■ 6%), 20 lehnen die These eher ab (■ 6%) und 11 Personen lehnen die These voll und ganz ab (■ 4%). Daraus ergibt sich ein Mittelwert von 4,3 (Skala von 1 bis 5).

129 Personen haben ihre Antwort mit einem Textbeitrag begründet (41%). Auf diese Beiträge wurde in 6 Kommentaren reagiert. Befürworter argumentieren für einen schrittweisen Renteneintritt, da er den Übergang in den Ruhestand erleichtert, Wissenstransfer ermöglicht und individuelle Bedürfnisse besser berücksichtigt. Personen, die die These ablehnen hingegen befürchten negative Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und mögliche Rentenkürzungen. Im Folgenden sind mehrfach genannte Argumente zusammengefasst:

Teilnehmende, die zustimmen, argumentieren:

- Ein schrittweiser Renteneintritt ermöglicht einen sanfteren Übergang vom Berufsleben in den Ruhestand, was psychologische Vorteile bietet und Anpassungsschwierigkeiten vermeidet.
- Durch einen schrittweisen Renteneintritt kann das Wissen und die Erfahrung älterer Arbeitnehmer an jüngere weitergegeben werden, was einen wertvollen Wissenstransfer ermöglicht.
- Die Flexibilisierung des Renteneintritts kann auf unterschiedliche persönliche Situationen, Gesundheitszustände und berufsspezifische Belastungen eingehen.
- Der schrittweise Renteneintritt ist eine Möglichkeit, dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken und die längere Lebenszeit sinnvoll zu nutzen.
- Ein schrittweiser Renteneintritt kann Vorteile für das Rentensystem bieten durch längere Beitragszeiträume und reduzierte Rentenzahlungen.

> *„Viele Menschen haben Probleme damit, von einem Tag auf den anderen nicht mehr 'gebraucht' zu werden. Sie können sich die neugewonnene Zeit nicht sinnvoll einteilen. Deshalb ist es wichtig, sich schrittweise an die Rente zu gewöhnen." (ID 3556)*

Teilnehmende, die ablehnen, sagen…

- Ein schrittweiser Renteneintritt könnte die Arbeitsplatzchancen für jüngere Menschen reduzieren.
- Ein schrittweiser Renteneintritt kann als Mittel zur Rentenkürzung missbraucht werden.

Flexible Rentenoptionen

THESE: *„Unser Rentensystem muss flexible Rentenoptionen bieten, die es ermöglichen, zwischen einer vorzeitigen oder verlängerten Rente mit entsprechenden Anpassungen zu wählen, wie Kürzungen im Falle einer vorzeitigen Rente oder sogar einen Aufschlag im Falle einer Verlängerung."*

290 Personen haben zu dieser These abgestimmt. 168 stimmen voll und ganz zu (58%). 80 stimmen eher zu (28%), 21 stimmen der These weder zu noch lehnen sie sie ab (7%), 12 lehnen die These eher ab (4%) und 9 Personen lehnen die These voll und ganz ab (3%). Daraus ergibt sich ein Mittelwert von 4,3 (Skala von 1 bis 5).

102 Personen haben ihre Antwort mit einem Textbeitrag begründet (35%). Auf diese Beiträge wurde in 10 Kommentaren reagiert. Befürworter betonen die individuelle Wahlfreiheit und die Berücksichtigung beruflicher Belastungen, während Kritiker vor sozialer Ungleichheit und einem finanziellen Zwang zu längerer Arbeit warnen. Im Folgenden sind mehrfach genannte Argumente zusammengefasst:

Teilnehmende, die zustimmen, argumentieren...

- Flexible Rentenoptionen ermöglichen Flexibilität und Wahlfreiheit für individuelle Lebenssituationen.
- Unterschiedliche Belastungen in verschiedenen Berufen und individuelle gesundheitliche Situationen erfordern flexible Lösungen. Besonders körperlich anstrengende Berufe sollten frühere Rentenoptionen haben.
- Menschen, die länger arbeiten als die Pflichtjahre, müssen angemessen belohnt werden.
- Flexibilität ist die Antwort auf den demographischen Wandel und die Bedürfnisse des Arbeitsmarkts. Ältere Arbeitnehmer können durch Anreize länger im Berufsleben gehalten werden.

> *"Eine derartige Flexibilität wir[d] den verschiedenen Lebensrealitäten gerecht." (ID 1779)*

Teilnehmende, die ablehnen, sagen...

- Flexible Rentenoptionen sind ungerecht, da sie besserverdienende Arbeitnehmer bevorzugen.
- Flexible Rentenmodelle können die unterschiedlichen gesundheitlichen Belastungen verschiedener Berufe nicht ausreichend berücksichtigen.
- Längere Arbeitszeiten älterer Arbeitnehmer können die Arbeitsmarktchancen jüngerer Menschen beeinträchtigen.
- Bestehende Rentenansprüche dürfen nicht durch neue Regelungen beeinträchtigt werden.
- Flexible Rentenoptionen mit finanziellen Anreizen oder Kürzungen führen zu einem indirekten Zwang, länger zu arbeiten.

Auswirkung auf die Gesundheit

***THESE:** „Länger zu arbeiten, solange man gesund ist, kann sich positiv auf die körperliche und geistige Gesundheit auswirken."*

275 Personen[11] haben zu dieser These abgestimmt. 70 stimmen voll und ganz zu (26%). 62 stimmen eher zu (23%), 64 stimmen der These weder zu noch lehnen sie sie ab (23%), 46 lehnen die These eher ab (17%) und 33 Personen lehnen die These voll und ganz ab (12%). Daraus ergibt sich ein Mittelwert von 3,3 (Skala von 1 bis 5).

Starke Polarisierung – Wer steht wo?

Die These zeigt die am stärksten polarisierende Verteilung der Bewertung im Thema „Anpassungsfähigkeit". Betrachtet man die demografischen Daten der zustimmenden und ablehnenden Teilnehmenden zeigen sich signifikante Unterschiede beim Alter der Teilnehmenden:

- Die Gruppe der über 60-Jährigen ist unter den Zustimmenden deutlich stärker vertreten (42 %) als unter den Ablehnenden (23 %).
- Die Gruppe der 40-49-Jährigen dagegen ist bei den Ablehnenden deutlich stärker vertreten (22 %) als bei den Zustimmenden (11 %).

Auch im öffentlichen Dienst Beschäftigte lehnen die These tendenziell häufiger ab (30 % der Ablehnenden gegenüber 18 % der Zustimmenden). Allerdings sind die Fallzahlen für dieses Merkmal mit jeweils 27 Personen pro Gruppe sehr gering. Generell ist die nicht repräsentative Verteilung der Merkmale unter den Teilnehmenden zu beachten (Vgl. Abschnitt „Wer hat mitgemacht?")

Begründung der Antworten – Wer sagt was?

109 Personen haben ihre Antwort mit einem Textbeitrag begründet (40 %). Auf diese Beiträge wurde in 7 Kommentaren reagiert. Befürworter betonen die positiven Auswirkungen längerer Erwerbstätigkeit. Personen, die die These ablehnen, warnen vor gesundheitliche Belastungen und fordern eine freie Wahl des Renteneintritts. Neutral Positionierte heben die starken individuellen Unterschiede hervor und betonen die Abhängigkeit vom jeweiligen Berufsfeld. Im Folgenden sind mehrfach genannte Argumente zusammengefasst:

[11] Im Vergleich mit allen registrierten Personen wurde diese These prozentual häufiger von Männern (+8 Prozentpunkte) und seltener von Frauen (-8 Prozentpunkte) beantwortet. In den anderen Merkmalen liegen keine signifikanten Abweichungen vor. (Vgl. Abschnitt „Wer hat mitgemacht?")

Teilnehmende, die zustimmen, argumentieren...

- Längeres Arbeiten wirkt sich nur dann positiv auf die körperliche und geistige Gesundheit, wenn es freiwillig geschieht.
- Längeres Arbeiten fördert soziale Kontakte und gesellschaftliche Teilhabe, was besonders im Alter wichtig ist, um Isolation zu vermeiden.
- Geistige Herausforderungen im Berufsleben tragen zur Erhaltung kognitiver Fähigkeiten bei.
- Das Verbleiben älterer Arbeitnehmer in Berufen fördert den generationsübergreifenden Wissenstransfer, der nicht nur den älteren Arbeitnehmern selbst, sondern auch jüngeren Generationen zugutekommen kann.

> *« Le travail stimule l'activité physique, les interactions sociales et les facultés cognitives. Dans de bonnes conditions, il contribue ainsi au bien-être. » (ID 3465)*

Teilnehmende, die ablehnen, sagen...

- Menschen haben das Recht auf einen Ruhestand in guter Gesundheit. Allerdings kann längeres Arbeiten zu gesundheitlichen Belastungen führen und sich negativ auf die körperliche und psychische Gesundheit auswirken.
- Die Entscheidung über den Renteneintritt sollte dem Individuum überlassen werden und nicht durch Zwang erfolgen.
- Nach einer angemessenen Lebensarbeitszeit sollte der Rentenanspruch eingelöst werden können.
- Frühere Rente schafft Platz für jüngere Generationen auf dem Arbeitsmarkt.

> *« C'est un mythe de dire que le travail c'est la santé, cela vaut peut-être pour quelques chanceux qui n'ont aucun effort physique à faire ou qui ne subissent pas de pressions mentales genre stress à la compétitivité. » (ID 1498)*

Anhebung des Renteneintrittsalters

THESE: *„Die Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters birgt die Gefahr, dass soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten verschärft werden."*

286 Personen haben zu dieser These abgestimmt. 90 stimmen voll und ganz zu (■ 32%). 60 stimmen eher zu (■ 21%), 52 stimmen der These weder zu noch lehnen sie sie ab (■ 18%), 49 lehnen die These eher ab (■ 17%) und 35 Personen lehnen die These voll und ganz ab (■ 12%). Daraus ergibt sich ein Mittelwert von 3,4 (Skala von 1 bis 5).

A4 | n = 286

113 Personen haben ihre Antwort mit einem Textbeitrag begründet (40%). Auf diese Beiträge wurde in 17 Kommentaren reagiert. Die Debatte offenbart einen grundlegenden Konflikt zwischen kurzfristigen sozialen Härten und langfristiger Finanzierbarkeit des Rentensystems. Befürworter argumentieren, dass eine Anhebung soziale Ungleichheiten verstärken würde. Demgegenüber steht das Argument, dass diese Maßnahme notwendig ist, um das Rentensystem langfristig finanziell abzusichern. Eine neutrale Position nehmen jene ein, die das Thema als zu komplex für einfache Lösungen betrachten. Sie fordern differenzierte Betrachtungen je nach individueller Situation oder Berufsgruppe. Im Folgenden sind mehrfach genannte Argumente zusammengefasst:

Teilnehmende, die zustimmen, sagen dazu...

- Eine Anhebung des Rentenalters belastet körperlich arbeitende Menschen überproportional, da diese im Alter häufiger gesundheitliche Probleme haben und nicht gleichermaßen länger arbeiten können wie Büroangestellte.
- Wohlhabende Personen können sich einen früheren Renteneintritt eher leisten, während wirtschaftlich Schwächere gezwungen sind, länger zu arbeiten, was soziale Ungleichheiten verstärkt.
- Eine Erhöhung des Rentenalters reduziert die Jobchancen für junge Menschen und beeinträchtigt den Generationenwechsel im Arbeitsmarkt.
- Die Anhebung des Rentenalters benachteiligt spezifische Gruppen wie Frauen mit Karriereunterbrechungen oder Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen.

> *„Die meisten Handwerker haben im Alter gesundheitliche Probleme. Sie sind nicht mehr fit genug, um nach 40 Arbeitsjahren noch zu verlängern. Und gerade diese Sparte bezieht den Mindestlohn resp. tiefe Löhne. Dadurch entstehen noch mehr Ungleichheiten." (ID 3559)*

Teilnehmende, die ablehnen, sagen dazu...

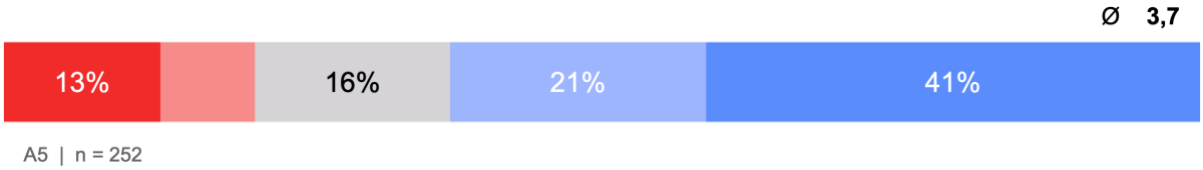
- Die steigende Lebenserwartung macht eine Erhöhung des Rentenalters notwendig, um die Rentensysteme nachhaltig zu finanzieren.
- Eine Anhebung des Renteneintrittsalters könnte soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten sogar verringern, indem beispielsweise öffentlicher und privater Sektor angeglichen werden.
- Die Bekämpfung sozialer Ungleichheiten ist nicht vorrangig Aufgabe des Rentensystems, sondern muss durch andere politische Instrumente wie Steuer- oder Sozialpolitik erfolgen.

> *« Nous vivons plus longtemps donc c'est logique que l'âge de la retraite augmente aussi. Les différences sociales et économiques doivent être gérées et mitigées d'une autre façon, mais pas avec l'âge de la retraite. » (ID 3898)*

Informationskampagnen

THESE: *„Es müssen Informationskampagnen über die Vorteile eines späteren Renteneintritts geplant werden."*

252 Personen[12] haben zu dieser These abgestimmt. 104 stimmen voll und ganz zu (41%). 54 stimmen eher zu (21%), 41 stimmen der These weder zu noch lehnen sie sie ab (16%), 20 lehnen die These eher ab (8%) und 33 Personen lehnen die These voll und ganz ab (13%). Daraus ergibt sich ein Mittelwert von 3,7 (Skala von 1 bis 5).



80 Personen haben ihre Antwort mit einem Textbeitrag begründet (32 %). Auf diese Beiträge wurde in 2 Kommentaren reagiert. Befürworter sehen in Informations-kampagnen ein wichtiges Mittel zur Transparenz und besseren individuellen Finanzplanung, während Personen, die die These ablehnen, diese als einseitige Beeinflussung kritisieren. Einige Teilnehmende mit neutraler Haltung fordern eine ausgewogene Darstellung sowohl der Vor- als auch der Nachteile eines späteren Renteneintritts. Im Folgenden sind mehrfach genannte Argumente zusammengefasst:

Teilnehmende, die zustimmen, sagen...

- Informationskampagnen ermöglichen fundierte individuelle Entscheidungen durch besseres Verständnis des Rentensystems.
- Informationskampagnen können eine frühzeitige Finanzplanung ermöglichen, und tragen zum besseren Verständnis der eigenen Rentensituation bei.
- Informationskampagnen verbessern die Verbesserung der Transparenz im Rentensystem gefordert, wobei Informationskampagnen als Mittel gesehen werden, um eine "Transparente Kommunikations-Struktur" (ID: 2154) zu schaffen.

> *« La transparence sur les options et leurs conséquences est essentielle. » (ID 3467)*

Teilnehmende, die ablehnen, sagen...

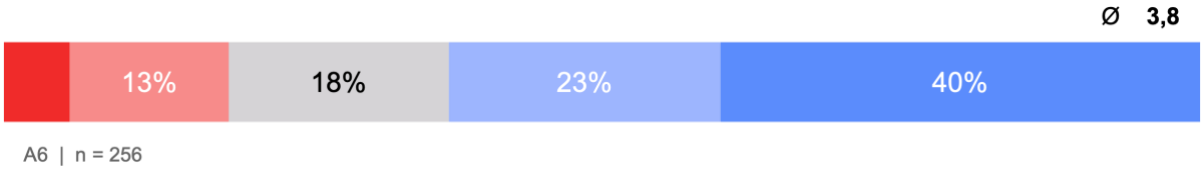
- Ein späterer Renteneintritt ist negativ zu bewerten, und sollte nicht über Informationskampagnen beworben werden.
- Informationskampagnen sind unwirksam und ein Versuch der einseitigen Manipulation.
- Die persönliche Entscheidungsfreiheit über den Renteneintritt sollte gewahrt bleiben und nicht durch einseitige Kampagnen beeinflusst werden.
- Statt Informationskampagnen über Vorteile ist der Fokus auf die Nachteile eines späteren Renteneintritts zu legen.

[12] Im Vergleich mit allen registrierten Personen wurde diese These prozentual häufiger von Männern (+10 Prozentpunkte) und seltener von Frauen (-10 Prozentpunkte) beantwortet. In den anderen Merkmalen liegen keine signifikanten Abweichungen vor. (Vgl. Abschnitt „Wer hat mitgemacht?")

Hilfen für ältere Arbeitnehmer

***THESE:** „Es müssen Arbeitsplatzanpassungen und Weiterbildungsprogramme vorgesehen werden, um älteren Arbeitnehmern zu helfen, länger im Erwerbsleben zu bleiben."*

256 Personen[13] haben zu dieser These abgestimmt. 103 stimmen voll und ganz zu (■ 40%). 58 stimmen eher zu (■ 23%), 47 stimmen der These weder zu noch lehnen sie sie ab (■ 18%), 34 lehnen die These eher ab (■ 13%) und 14 Personen lehnen die These voll und ganz ab (■ 6%). Daraus ergibt sich ein Mittelwert von 3,8 (Skala von 1 bis 5).



90 Personen haben ihre Antwort mit einem Textbeitrag begründet (35 %). Auf diese Beiträge wurde in 6 Kommentaren reagiert. Befürworter betonen den Nutzen für den Wissenstransfer, die Fachkräftesicherung und die Entlastung des Rentensystems. Gegner plädieren für einen früheren Ruhestand und sehen die Umsetzung als schwierig, besonders für kleine Unternehmen. Neutrale Stimmen weisen auf die Praktikabilität und Branchenabhängigkeit hin und favorisieren flexible, freiwillige Lösungen. Im Folgenden sind mehrfach genannte Argumente zusammengefasst:

Teilnehmende, die zustimmen, sagen...

- Die Anpassungsmaßnahmen sollten angeboten, aber nicht aufgezwungen werden.
- Ältere Mitarbeiter verfügen über wertvolle Erfahrung und können als Mentoren für jüngere Kollegen fungieren, was eine bessere Wissenstransfer ermöglicht.
- Die Anpassung von Arbeitsplätzen und Arbeitszeiten an die körperlichen Fähigkeiten älterer Arbeitnehmer ist notwendig, um ihre längere Beschäftigung zu ermöglichen.
- Die Weiterbeschäftigung älterer Arbeitnehmer ist angesichts des Fachkräftemangels wirtschaftlich sinnvoll und unterstützt die Stabilität des Rentensystems.

> *„Die kontinuierliche Weiterbildung ist essentiell, damit ältere Arbeitnehmer mit technologischen Entwicklungen Schritt halten können." (ID 3468)*

Teilnehmende, die ablehnen, sagen...

- Ältere Arbeitnehmer sollten in Rente gehen, um Platz für jüngere Generationen zu machen.
- Die vorgeschlagenen Maßnahmen sind in der Praxis schwer umzusetzen, besonders in kleinen Unternehmen.
- Ältere Arbeitnehmer haben oft keine Motivation mehr für Weiterbildungen oder Anpassungen. Alternative Konzepte wie Mentoring werden vorgeschlagen.
- Die Verantwortung für die Unterstützung älterer Arbeitnehmer sollte beim Staat und nicht bei den Unternehmen liegen.

[13] Im Vergleich mit allen registrierten Personen wurde diese These prozentual häufiger von Männern (+10 Prozentpunkte) und seltener von Frauen (-10 Prozentpunkte) beantwortet. In den anderen Merkmalen liegen keine signifikanten Abweichungen vor. (Vgl. Abschnitt „Wer hat mitgemacht?")

Schlüsselaspekte der Analyse

Die Kombination aus den inhaltlichen Textbeiträgen und den quantitativen Abstimmungsergebnissen zeigt Themenbereiche, die für ein vertieftes Verständnis der Einstellungen der Teilnehmenden zur Anpassungsfähigkeit des Rentensystems besonders relevant sind.

Hauptforderungen

Flexible Regelungen statt starrer Vorgaben: Die wohl zentralste Forderung betrifft die Schaffung von mehr Wahlmöglichkeiten beim Renteneintritt. Ob früher oder später – Teilnehmende fordern ein flexibles System, das individuelle Lebensverläufe abbildet, ohne soziale Ungerechtigkeiten zu schaffen. Dabei werden klare Rahmenbedingungen gefordert, die individuelle Optionen ermöglichen, ohne das System zu destabilisieren.

Gesundheits- und Belastungsausgleich: Ein zentrales Anliegen ist der Schutz vor Überlastung im Alter. Besonders Menschen mit physisch fordernden Tätigkeiten fordern individuelle Lösungen wie frühere Ausstiege oder rentenrelevante Anrechnung von Belastungsjahren. Diese sollen auch für Personen gelten, die durch Pflege- oder Betreuungsaufgaben eingeschränkt sind.

Anerkennung langer Erwerbsbiografien: Vorgeschlagen wird, Rentenzugänge stärker an der Anzahl der geleisteten Beitragsjahre zu orientieren. Wer früh ins Arbeitsleben gestartet ist und über Jahrzehnte eingezahlt hat, soll einen früheren Zugang zur Rente erhalten können – auch ohne Abschläge.

Unterstützung im Erwerbsleben: Teilnehmende fordern mehr Maßnahmen zur Unterstützung älterer Beschäftigter – von altersgerechten Arbeitsplätzen über Weiterbildung bis hin zu steuerlichen oder sozialen Anreizen für Betriebe, die ältere Mitarbeitende länger beschäftigen.

Transparenz und Kommunikation: Breite Zustimmung gibt es zur Forderung nach nachvollziehbaren Informationen über Rentenansprüche und Reformschritte. Viele wünschen sich einfachere Rechenmodelle, verständliche Erklärungen und frühzeitige Informationen – auch über Optionen der privaten oder ergänzenden Altersvorsorge.

Zentrale Spannungsfelder

Pauschallösungen vs. individuelle Lebensläufe: Die Beiträge zeigen deutlich, dass standardisierte Maßnahmen oft als unpassend empfunden werden. Der Wunsch nach Differenzierung zieht sich durch alle Alters- und Berufsgruppen.

Systemstabilität vs. persönliche Flexibilität: Viele erkennen den Finanzierungsdruck des Systems, fordern aber, dass Reformen nicht auf Kosten individueller Lebensrealitäten gehen dürfen. Der Ausgleich zwischen Effizienz und sozialer Gerechtigkeit wird als zentrales Spannungsfeld wahrgenommen.

Gesundheitliche Belastung vs. längeres Arbeiten: Die Diskussion rund um die Erhöhung des Rentenalters zeigt deutlich, dass gesundheitliche Aspekte nicht vernachlässigt werden dürfen. Ein längeres Arbeiten muss möglich, aber nicht verpflichtend sein.

Eigenverantwortung vs. strukturelle Verantwortung: Während einige Teilnehmende auf die Notwendigkeit individueller Vorsorge verweisen, betonen andere die Pflicht von Staat und Arbeitgebern, geeignete Rahmenbedingungen zu schaffen.

Intergenerationelle Perspektiven: Jüngere Teilnehmende denken langfristiger, sehen aber auch Gerechtigkeitslücken. Ältere legen Wert auf Bestandsschutz und Fairness gegenüber ihrer Generation. Beide Perspektiven erkennen die jeweils andere Position häufig an und fordern ein Gleichgewicht im Reformdiskurs.

Gerechtigkeit

Worum geht es?

In diesem Thema geht es um die Frage, welche Rolle Gerechtigkeit im Rentensystem spielt und welche Aspekte darunter zu verstehen sind.

Einleitender Text des Online-Dialogs: *Gerechtigkeit im Rentensystem beruht auf intergenerationeller Fairness, dem Schutz gefährdeter Gruppen und Transparenz. Die Anpassung des Renteneintrittsalters an die Lebenserwartung, die Diversifizierung der Finanzierungsquellen und das Angebot flexibler Optionen für das Renteneintrittsalter sind entscheidend für eine gerechte Verteilung und die Nachhaltigkeit des Systems.*

Es ist entscheidend, inflationsindexierte Mindestrenten zu garantieren, gefährdete Gruppen wie Frauen oder Eltern zu schützen und eine ausreichende Hinterbliebenenrente zu gewährleisten. Die Vereinfachung des Systems, die Förderung der finanziellen Lesekompetenz und die Bereitstellung praktischer Instrumente erhöhen die Transparenz und Zugänglichkeit.

Die Reformen müssen das Gleichgewicht zwischen den Generationen wahren, eine Überforderung der jungen Menschen vermeiden und einen Dialog zwischen den Generationen integrieren. Ein inklusives, umverteilendes und nachhaltiges System wird eine angemessene finanzielle Sicherheit für alle gewährleisten, unabhängig von beruflichen Laufbahnen oder Unterbrechungen.

Zusammenfassung der Ergebnisse

Die Analyse macht deutlich, dass die individuelle Lebensrealität der zentrale Faktor ist, der beeinflusst, wie gerecht oder ungerecht das System wahrgenommen wird. Die Meinungen der Teilnehmenden hängen dabei weniger von klassischen demografischen Merkmalen wie Alter oder Berufsgruppe ab, sondern vielmehr von konkreten Erfahrungen mit dem Arbeitsmarkt, dem Einkommen, dem Gesundheitszustand, familiären Verpflichtungen oder Unterbrechungen der Erwerbsbiografie – wie etwa Kindererziehung, Pflege oder Phasen der Weiterbildung. Gerechtigkeit wird selten abstrakt gedacht, sondern häufig als etwas Erlebtes verstanden, individuell und biografisch geprägt.

Zum Thema Gerechtigkeit wurden und sieben zentrale Thesen bewertet und 608 Beiträge mit 53 Kommentare verfasst. Pro Thesen lieferten 30 % bis 40 % derjenigen, die eine These beurteilt haben, zusätzlich eine schriftliche Begründung. Die Auswertung dieser Kommentare zeigt:

Argumente pro Umverteilung sehen Gerechtigkeit in einer stärkeren Solidarität und Anerkennung von Lebensleistungen jenseits klassischer Erwerbsarbeit (Kindererziehung, Pflege). Vorgeschlagen werden fiktive Gutschriften, Splitting-Modelle und eine Mindestrente, um Altersarmut zu verhindern.

Argumente pro Äquivalenzprinzip sehen Gerechtigkeit in einem Ausgeglichenen Verhältnis von Beiträgen und Leistungen. Sie warnen davor das Äquivalenzprinzip zu untergraben und befürchten Missbrauch und hohen Verwaltungsaufwand. Sie sehen Schwierigkeiten bei der Festlegung fairer

Kriterien für eine Umverteilung und befürchten eine langfristige Kostenüberlastung für die Beitragszahler.

Gemeinsame Forderungen beider Gruppen umfassen eine offene Kommunikation zu Reformschritten und die Entwicklung differenzierter Regelungen, die sowohl den Schutz vulnerabler Gruppen als auch die Leistungsgerechtigkeit gewährleisten.

Betrachtet man die polarisierenden Thesen zeigen sich dort vielfach keine signifikanten Unterschiede in den demographischen Merkmalen zwischen der zustimmenden und der ablehnenden Gruppe. Persönliche Erfahrungen und Einstellungen prägen die Einstellungen zu den Gerechtigkeitsthesen offenbar stärker als die abgefragten demographischen Merkmale. Eine wichtige Ausnahme bildet dabei das Geschlecht. Betrachtet man etwa die These „Das Rentensystem in Luxemburg ist für alle Generationen gerecht." So ist der Anteil der Frauen in der ablehnenden Gruppe fast doppelt so hoch (20 % = 25 Personen) wie in der zustimmenden Gruppe (11 % = 9 Personen).

Bezieht man die Textbeiträge in die Analyse mit ein, zeigt sich, dass Frauen häufiger strukturelle Ungleichheiten hervorheben, die durch Erziehungs- oder Pflegezeiten entstehen. Sie fordern explizite Gutschriften und Splitting-Modelle, um ungleiche Erwerbsbiografien zu kompensieren. Männer hingegen diskutieren häufiger das Leistungsprinzip und empfinden das aktuelle System tendenziell als weniger ungerecht. Bei oben genannter These etwa sind Männer in der zustimmenden Gruppe mit einem höheren relativen Anteil (89 %) als in der ablehnenden Gruppe (79 %) vertreten.

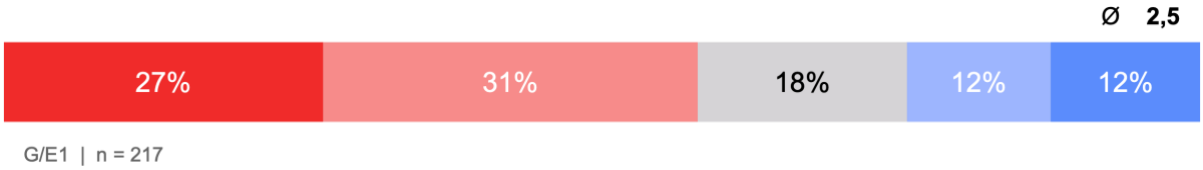
Kurz gesagt: Der Online-Dialog zeigt deutlich, dass die Bewertung von Gerechtigkeitsaspekten im Rentensystem weit über technische Fragen der Berechnung hinausgeht. Gerechtigkeit wird als etwas Erlebtes wahrgenommen – stark geprägt durch den persönlichen Berufsverlauf, familiäre und gesundheitliche Rahmenbedingungen sowie das Vertrauen in eine sichere Zukunft. In den Beiträgen zeigt sich häufig Verständnis zwischen unterschiedlichen Gruppen (z.B. Ältere und Jüngere, Privat und öffentlich Beschäftigte). Auffällig ist aber auch, dass Frauen das aktuelle System als ungerechter wahrnehmen und deutlich häufiger Ungerechtigkeiten durch unterbrochene Erwerbskarrieren beschreiben.

Generell offenbaren die Beiträge ein tiefes Bedürfnis nach Stabilität, Planbarkeit und einem würdevollen Leben im Alter – gepaart mit dem Wunsch, zukünftige Generationen nicht zu überlasten. Besonders stark ist der Ruf nach einer Rente, die Lebensleistungen jenseits klassischer Erwerbsarbeit anerkennt und soziale Realitäten wie Pflege, Erziehung oder Brüche im Berufsleben stärker berücksichtigt. Auch wenn die Vorstellungen über konkrete Maßnahmen auseinandergehen, eint viele Teilnehmende der Wille, das System langfristig tragfähig, gerechter und transparenter zu gestalten. Ein gerechtes Rentensystem muss daher nicht nur ökonomisch stabil, sondern auch biografisch anschlussfähig sein – an das, was Menschen in ihrem Leben tatsächlich erfahren.

Gerechtigkeit des Systems

***THESE:** „Das Rentensystem in Luxemburg ist für alle Generationen gerecht."*

217 Personen[14] haben zu dieser These abgestimmt. 27 stimmen voll und ganz zu (12%). 26 stimmen eher zu (12%), 38 stimmen der These weder zu noch lehnen sie sie ab (18%), 68 lehnen die These eher ab (31%) und 58 Personen lehnen die These voll und ganz ab (27%). Daraus ergibt sich ein Mittelwert von 2,5 (Skala von 1 bis 5).



Starke Polarisierung – Wer steht wo?

Betrachtet man die demografischen Daten der zustimmenden und ablehnenden Teilnehmenden zeigen sich signifikante Unterschiede beim Geschlecht und Wohnort der Teilnehmenden:

- Der Anteil der Frauen ist in der ablehnenden Gruppe (20 % = 25 Personen) fast doppelt so hoch wie in der zustimmenden Gruppe (11 % = 9 Personen)
- Dementsprechend haben Männer in der zustimmenden Gruppe einen höheren relativen Anteil (89 %) als in der ablehnenden Gruppe (79 %)
- Personen mit Wohnsitz außerhalb Luxemburgs sind in der zustimmenden Gruppe (21 %) deutlich stärker vertreten als in der ablehnenden Gruppe (9 %). Allerdings sind in beiden Gruppen jeweils nur 11 Personen vertreten, die angegeben haben, außerhalb von Luxemburg zu wohnen.

Begründung der Antworten – Wer sagt was?

89 Personen haben ihre Antwort mit einem Textbeitrag begründet (41 %). Auf diese Beiträge wurde in 19 Kommentaren reagiert. Gegner unterstreichen die Ungleichheit zwischen öffentlichem und privatem Sektor, sowie die Generationenungerechtigkeiten. Befürworter argumentieren für die Leistungsbezogenheit und die bereits vorgenommenen Angleichung des öffentlichen und privaten Sektors. Im Folgenden sind mehrfach genannte Argumente zusammengefasst:

[14] Im Vergleich mit allen registrierten Personen wurde diese These prozentual häufiger von Männern (+9 Prozentpunkte) und seltener von Frauen (-9 Prozentpunkte) beantwortet. Zudem haben prozentual mehr Personen, die in Luxemburg arbeiten oder studieren (+9 Prozentpunkte), an der Bewertung teilgenommen. Auffällig ist auch eine signifikante Abweichung bei der Berufsgruppe, wobei insbesondere Freiberufliche (+5 Prozentpunkte) überrepräsentiert und Rentner/Pensionäre (-6 Prozentpunkte) unterrepräsentiert waren. In den anderen Merkmalen liegen keine signifikanten Abweichungen vor. (Vgl. Abschnitt „Wer hat mitgemacht?")

Teilnehmende, die zustimmen, sagen…

- Das System ist gerecht, weil Rentenbezüge auf Beiträgen und Arbeitszeiten basieren.
- Unterschiede zwischen öffentlichem und privatem Sektor wurden bereits abgebaut.

> *„Die Pension wird bestimmt durch Beiträge und Arbeitszeiten. Eine Person die nur 20 Jahre gearbeitet hat soll deshalb nicht so viel Pension bekommen wie eine die 40 Jahre gearbeitet hat.“ (ID 2418)*

Teilnehmende, die ablehnen, sagen…

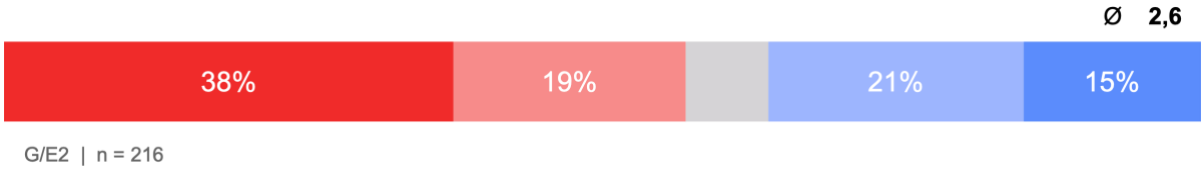
- Das Rentensystem ist ungerecht, weil Beschäftigte im öffentlichen Dienst bessere Rentenbedingungen haben als im Privatsektor.
- Das aktuelle System benachteiligt jüngere Generationen, die höhere Beiträge zahlen müssen, aber mit geringeren Renten rechnen können.
- Das Rentensystem ist in seiner aktuellen Form nicht langfristig finanzierbar.
- Im aktuellen Rentensystem gibt es unverhältnismäßig hohe Renten für bestimmte Gruppen.

> *„Die Alten profitieren, die Jungen sind die Dummen: Die Alten sind früh in Rente und erhalten sehr hohe Renten, die jetzigen älteren Beschäftigten werden bereits empfindlich niedrigere (aber immer noch relativ hohe) Renten erhalten bei noch eher frühem Renteneintritt und für Alle, die jetzt jünger als 30 sind, wird es ganz ganz bitter werden.“ (ID 3574)*

Kürzungen der Rentenleistungen

***THESE:** „Die Rentenleistungen zu kürzen, um die Nachhaltigkeit des Systems zu gewährleisten, ist eine angemessene Wahl, um die Solidarität zwischen den Generationen aufrechtzuerhalten."*

216 Personen[15] haben zu dieser These abgestimmt. 32 stimmen voll und ganz zu (■ 15%). 46 stimmen eher zu (■ 21%), 15 stimmen der These weder zu noch lehnen sie sie ab (■ 7%), 42 lehnen die These eher ab (■ 19%) und 81 Personen lehnen die These voll und ganz ab (■ 38%). Daraus ergibt sich ein Mittelwert von 2,6 (Skala von 1 bis 5).



108 Personen haben ihre Antwort mit einem Textbeitrag begründet (50%). Auf diese Beiträge wurde in 5 Kommentaren reagiert. Befürworter der Rentenkürzungen setzen auf die Stabilität des Systems und plädieren für Kürzungen bei hohen Renten, um künftige Generationen zu entlasten. Gegner lehnen dies ab, da sie Kürzungen als ungerecht und potenziell armutsfördernd sehen und stattdessen alternative Finanzierungsmodelle vorschlagen. Im Folgenden sind mehrfach genannte Argumente zusammengefasst:

Teilnehmende, die zustimmen, sagen…

- Kürzungen sollten nur hohe Renten/Pensionen belasten. Insbesondere hohe Pensionen im öffentlichen Dienst sollten gedeckelt oder reduziert werden.
- Es ist notwendig, um die langfristige Stabilität des Rentensystems und eine gerechte Verteilung der Lasten zwischen den Generationen zu gewährleisten.
- Kürzungen sollten mit anderen Maßnahmen wie angepassten Beiträgen kombiniert werden.

Teilnehmende, die ablehnen, sagen…

- Kürzungen könnten zu Altersarmut führen und Menschen in prekäre Situationen bringen.
- Kürzungen sind ungerecht, weil Menschen ihre Renten basierend auf den Beiträgen, die sie über die Jahre hinweg geleistet haben, erhalten sollten.
- Rentner haben sich auf das System verlassen und ihre entsprechend geplant.
- Steigende Lebenshaltungs- und Gesundheitskosten sind bereits jetzt eine Belastung.
- Es sollten primär die strukturellen Unterschiede zwischen dem öffentlichen und privaten Sektor angegangen werden.

> *« Si on réduit les prestations on arrivera à une situation comme en Allemagne ou en France. Dans ces systèmes des gens qui travaillent toute leur vie pour avoir une pension qui ne leur permet pas de vivre dignement. »*

[15] Im Vergleich mit allen registrierten Personen wurde diese These prozentual häufiger von Männern (+9 Prozentpunkte) und seltener von Frauen (-9 Prozentpunkte) sowie häufigen von freiberuflich Tätigen (+4 Prozentpunkte) und seltener von Personen in Rente/Pension (-6 Prozentpunkte) beantwortet. In den anderen Merkmalen liegen keine signifikanten Abweichungen vor. (Vgl. Abschnitt „Wer hat mitgemacht?")

Mindestrente

***THESE:** „Die Mindestrente sollte über der Armutsgrenze liegen."*

207 Personen[16] haben zu dieser These abgestimmt. 146 stimmen voll und ganz zu (71%). 37 stimmen eher zu (18%), 6 stimmen der These weder zu noch lehnen sie sie ab (3%), 8 lehnen die These eher ab (4%) und 10 Personen lehnen die These voll und ganz ab (5%).[17] Daraus ergibt sich ein Mittelwert von 4,5 (Skala von 1 bis 5).

82 Personen haben ihre Antwort mit einem Textbeitrag begründet (40 %). Auf diese Beiträge wurde in 2 Kommentaren reagiert. Befürworter fordern, dass die Menschenwürde zu wahren und eine angemessene Absicherung für langjährige Beitragszahler zu gewährleisten ist. Gegner betonen das Versicherungsprinzip, das nur Beiträge berücksichtigt, und befürchten negative Anreize sowie Missbrauch. Im Folgenden sind mehrfach genannte Argumente zusammengefasst:

Teilnehmende, die zustimmen, sagen...

- Eine über dem Existenzminimum liegende Rente ist ein grundlegender Aspekt der Menschenwürde, da niemand nach einem Arbeitsleben in Armut leben sollte.
- Personen mit vollständiger Beitragshistorie oder langem Arbeitsleben sollten ein Anrecht auf eine Mindestrente über der Armutsgrenze haben.
- Die Mindestrente sollte mindestens dem Mindestlohn entsprechen oder in einem angemessenen Verhältnis dazu stehen.
- Ein stabiles und transparentes Rentensystem mit automatischen Anpassungen der Rentenleistungen ist notwendig, um langfristige Sicherheit und Fairness zu gewährleisten.

> *„Die Mindestrente sollte dem Mindestlohn gleichgestellt sein und vom Staat garantiert werden, um Altersarmut zu vermeiden!" (ID 1055)*

Teilnehmende, die ablehnen, sagen...

- Die Rente sollte ausschließlich von den eingezahlten Beiträgen abhängen, um das Versicherungsprinzip und die individuelle Verantwortung für die Vorsorge zu wahren.
- Die Unterscheidung zwischen Sozialpolitik und Versicherungsansprüchen im Rentensystem sollte beibehalten werden, um Missbrauch zu vermeiden.
- Eine Differenzierung der Mindestrente nach dem Wohnort und den Lebenshaltungskosten ist notwendig, um sicherzustellen, dass Rentner in Regionen mit höheren Lebenshaltungskosten nicht benachteiligt werden und ihre Rente ausreicht, um ein angemessenes Leben zu führen.

---

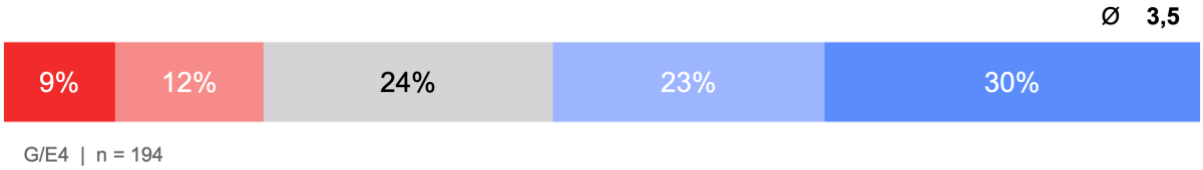
[16] Im Vergleich mit allen registrierten Personen wurde diese These prozentual häufiger von Männern (+10 Prozentpunkte) und seltener von Frauen (-10 Prozentpunkte) beantwortet. In den anderen Merkmalen liegen keine signifikanten Abweichungen vor. (Vgl. Abschnitt „Wer hat mitgemacht?")

[17] Durch Rundungsfehler ergeben sich in der Addition 101%.

Beitragsfreie Perioden

***THESE:** „Zeiten, in denen keine Beiträge gezahlt werden, sollten begrenzt werden, indem eine Höchstzahl solcher Zeiten in Abhängigkeit vom Renteneintrittsalter berücksichtigt wird."*

194 Personen[18] haben zu dieser These abgestimmt. 58 stimmen voll und ganz zu (■ 30%). 44 stimmen eher zu (■ 23%), 47 stimmen der These weder zu noch lehnen sie sie ab (■ 24%), 24 lehnen die These eher ab (■ 12%) und 18 Personen lehnen die These voll und ganz ab (■ 9%).[19] Daraus ergibt sich ein Mittelwert von 3,5 (Skala von 1 bis 5).



58 Personen haben ihre Antwort mit einem Textbeitrag begründet (30 %). Auf diese Beiträge wurde in 2 Kommentaren reagiert. Befürworter sprechen sich für eine klare Beitrags- und Leistungslogik aus, Gegner stellen die gesellschaftliche Verantwortung und individuelle Wahlfreiheit in den Vordergrund. Im Folgenden sind mehrfach genannte Argumente zusammengefasst:

Teilnehmende, die zustimmen, sagen...

- Rentenleistungen sollten an vorherige Beitragszahlungen gekoppelt sein.
- Beitragsfreie Perioden belasten das Rentensystem finanziell und könnten langfristig zu höheren Beiträgen für die Allgemeinheit führen.
- Es sollte die alternative Möglichkeit geben beitragsfreie Perioden „zurückzukaufen".
- Es sollte eine begrenzte Anerkennung bestimmter beitragsfreier Perioden wie Studium, Kindererziehung oder Krankheit mit klaren Grenzen geben.

> *„Kein Beitrag, kein Rentenanteil. Aber Solidarität für diejenigen, die echte Probleme haben" (ID 3232)*

Teilnehmende, die ablehnen, sagen...

- Tätigkeiten wie Studium oder Kindererziehung sind für die Gesellschaft und sollten daher als beitragsfreie Zeiten anerkannt werden.
- Jeder sollte das Recht haben, selbst zu entscheiden, wann er in Rente geht – auch mit weniger Beitragszeiten und entsprechend niedrigerer Rentenhöhe.
- Eine Begrenzung beitragsfreier Zeiten könnte bestehende soziale Ungleichheiten verschärfen und zu Ungerechtigkeiten führen, da Menschen mit unterbrochenen Erwerbsbiografien dadurch benachteiligt würden.
- Die aktuellen Regelungen zu beitragsfreien Perioden haben sich bewährt und sollten nicht verschlechtert werden, da sie vielen Menschen ermöglichen, trotz Unterbrechungen im Erwerbsleben eine angemessene Rente zu erhalten.

---

[18] Im Vergleich mit allen registrierten Personen wurde diese These prozentual häufiger von Männern (+10 Prozentpunkte) und seltener von Frauen (-10 Prozentpunkte) beantwortet. In den anderen Merkmalen liegen keine signifikanten Abweichungen vor. (Vgl. Abschnitt „Wer hat mitgemacht?")

[19] Durch Rundungsfehler ergeben sich in der Addition 98%.

Koeffizient für Langlebigkeit

***THESE:** „Es sollte ein Langlebigkeitskoeffizient eingeführt werden, um mehr Flexibilität bei der Wahl des Renteneintrittsalters zu bieten."*

180 Personen[20] haben zu dieser These abgestimmt. 45 stimmen voll und ganz zu (■ 25%). 43 stimmen eher zu (■ 24%), 55 stimmen der These weder zu noch lehnen sie sie ab (■ 31%), 17 lehnen die These eher ab (■ 9%) und 20 Personen lehnen die These voll und ganz ab (■ 11%). Daraus ergibt sich ein Mittelwert von 3,4 (Skala von 1 bis 5).

62 Personen haben ihre Antwort mit einem Textbeitrag begründet (34 %). Auf diese Beiträge wurde in 2 Kommentaren reagiert. Befürworter sehen den Koeffizienten als Chance für mehr Flexibilität beim Renteneintritt und betonen die Notwendigkeit einer Anpassung an die steigende Lebenserwartung. Gegner hingegen warnen vor der Verschärfung sozialer Ungleichheiten und der mangelnden Berücksichtigung individueller Lebensrealitäten. Neutrale Positionen sind vor allem auf Unklarheiten bezüglich des Konzepts zurückzuführen. Im Folgenden sind mehrfach genannte Argumente zusammengefasst:

Teilnehmende, die zustimmen, sagen…

- Es ist notwendig das Rentensystem an die steigende Lebenserwartung anzupassen, um es langfristig finanzierbar zu halten.
- Ein Langlebigkeitskoeffizient ermöglicht mehr individuelle Flexibilität und Wahlfreiheit bei der Entscheidung über den Renteneintritt, was besser auf persönliche Situationen eingehen lässt.
- Ein flexibles Rentenalter könnte den Wissenstransfer zwischen den Generationen fördern und positive Effekte auf Produktivität und soziale Kohäsion haben.
- Bei der Einführung müssen berufsspezifische Unterschiede berücksichtigt in der Arbeitsbelastung und Lebenserwartung werden.

Teilnehmende, die ablehnen, sagen…

- Der Langlebigkeitskoeffizient könnte soziale Ungleichheiten verschärfen, indem er einkommensschwächere Gruppen benachteiligt und die unterschiedlichen Lebensrealitäten nicht ausreichend berücksichtigt.
- Der Koeffizient bedeutet bürokratischen Aufwand, ohne klare Vorteile zu bieten.
- Besser wäre ein Koeffizient für die Arbeitsbelastung oder flexiblere individuelle Lösungen.

[20] Im Vergleich mit allen registrierten Personen wurde diese These prozentual häufiger von Männern (+9 Prozentpunkte) und seltener von Frauen (-9 Prozentpunkte) beantwortet. Zudem haben prozentual mehr freiberuflich Tätige (+4 Prozentpunkte) und weniger Personen in Rente/Pension (-6 Prozentpunkte) an der Bewertung teilgenommen. In den anderen Merkmalen liegen keine signifikanten Abweichungen vor. (Vgl. Abschnitt „Wer hat mitgemacht?")

Beschäftigungsfähigkeit älterer Arbeitnehmer

***THESE:** „Es sollte eine aktive Arbeitsmarktpolitik eingeführt werden, um die Beschäftigungsfähigkeit älterer Arbeitnehmer zu verbessern und ihnen die Möglichkeit zu geben, ihre berufliche Laufbahn zu verlängern, wenn sie dies wünschen."*

189 Personen[21] haben zu dieser These abgestimmt. 98 stimmen voll und ganz zu (52%). 51 stimmen eher zu (27%), 20 stimmen der These weder zu noch lehnen sie sie ab (11%), 12 lehnen die These eher ab (6%) und 8 Personen lehnen die These voll und ganz ab (4%). Daraus ergibt sich ein Mittelwert von 4,2 (Skala von 1 bis 5).

63 Personen haben ihre Antwort mit einem Textbeitrag begründet (33 %). Auf diese Beiträge wurde in 2 Kommentaren reagiert. Befürworter sehen vor allem Chancen in der Nutzung von Erfahrung und Wissen sowie in der Stabilisierung des Rentensystems. Gegner sehen das Risiko abnehmender Leistungsfähigkeit und steigender Kosten. Neutrale Positionen fordern eine präzise Definition von Beschäftigungsfähigkeit oder stellen die Wirksamkeit staatlicher Maßnahmen infrage. Folgenden sind mehrfach genannte Argumente zusammengefasst:

Teilnehmende, die zustimmen, sagen...

- Ältere Menschen sollten unterstützt werden, aber nicht verpflichtet werden.
- Ältere Arbeitnehmer bringen wertvolle Erfahrung und Fachwissen in Unternehmen ein, was für die Arbeitswelt von unschätzbarem Wert ist.
- Die Beschäftigung älterer Menschen trägt zur finanziellen Nachhaltigkeit des Rentensystems bei und hilft, den demografischen Herausforderungen entgegenzuwirken.
- Um die Beschäftigung älterer Menschen zu fördern, sollten konkrete Maßnahmen wie finanzielle Anreize für Arbeitgeber oder sogar Quotenregelungen eingeführt werden.

> *« Si une personne âgée souhaite continuer de travailler alors qu'elle continue. C'est un choix qui lui appartient mais qui permet de ne pas verser de pension mais au contraire d'engranger des cotisations supplémentaires. » (ID 556)*

Teilnehmende, die ablehnen, sagen...

- Eine differenzierte Betrachtung je nach Erwerbsbiografie ist notwendig, da nicht alle Beschäftigten die gleichen Voraussetzungen für eine längere Erwerbstätigkeit haben.
- Die Förderung der Beschäftigung älterer Menschen könnte die Arbeitsmarktchancen jüngerer Menschen beeinträchtigen und zu einer Verdrängung führen.
- Mit steigendem Alter nimmt in der Regel die Leistungsfähigkeit ab, während gleichzeitig die Kosten, wie Gehälter, steigen.

[21] Im Vergleich mit allen registrierten Personen wurde diese These prozentual häufiger von Männern (+9 Prozentpunkte) und seltener von Frauen (-8 Prozentpunkte) sowie prozentual häufiger von Personen, die in Luxemburg arbeiten oder studieren (+8,2 Prozentpunkte) beantwortet. In den anderen Merkmalen liegen keine signifikanten Abweichungen vor. (Vgl. Abschnitt „Wer hat mitgemacht?")

Intergenerationelle Auswirkungen

***THESE:** „Mögliche Reformen des Rentensystems müssen die Auswirkungen auf alle Generationen berücksichtigen, um zu vermeiden, dass die jüngeren Generationen mit den Kosten für die Renten der früheren Generationen belastet werden."*

196 Personen[22] haben zu dieser These abgestimmt. 106 stimmen voll und ganz zu (54%). 34 stimmen eher zu (17%), 19 stimmen der These weder zu noch lehnen sie sie ab (10%), 20 lehnen die These eher ab (10%) und 17 Personen lehnen die These voll und ganz ab (9%). Daraus ergibt sich ein Mittelwert von 4,0 (Skala von 1 bis 5).

Starke Polarisierung – Wer steht wo?

Betrachtet man die demografischen Daten der zustimmenden und ablehnenden Teilnehmenden zeigen sich signifikante Unterschiede beim Alter der Teilnehmenden:

- Die Gruppe der 50-59-Jährige ist bei den Ablehnenden deutlich stärker vertreten (60%) als bei den Zustimmenden (32 %).
- Unter 40-Jährige befürworten die These signifikant häufiger (18 %) als sie abzulehnen (3 %)

Andere Merkmale zeigen keine signifikanten Unterschiede. Generell ist die nicht repräsentative Verteilung der Merkmale unter den Teilnehmenden zu beachten (Vgl. Abschnitt „Wer hat mitgemacht?")

Begründung der Antworten – Wer sagt was?

67 Personen haben ihre Antwort mit einem Textbeitrag begründet (34 %). Auf diese Beiträge wurde in 3 Kommentaren reagiert. Befürworter einer gerechten Lastenteilung für alle Generationen sehen es als notwendig, dass auch die älteren Generationen zur Reform beitragen, während Gegner befürchten, dass dies die Rechte, der bereits in Rente befindlichen oder kurz vor der Rente stehenden Personen verletzt. Neutrale Positionen fordern einen ausgewogenen Generationenvertrag, bei dem sowohl die ältere als auch die jüngere Generation Verantwortung übernehmen müssen. Im Folgenden sind mehrfach genannte Argumente zusammengefasst:

[22] Im Vergleich mit allen registrierten Personen wurde diese These prozentual häufiger von Männern (+9 Prozentpunkte) und seltener von Frauen (-9 Prozentpunkte) beantwortet. Zudem haben prozentual mehr Personen, die freiberuflich tätig sind (+4 Prozentpunkte), an der Bewertung teilgenommen, während Personen in Rente/Pension unterrepräsentiert waren (-6 Prozentpunkte). In den anderen Merkmalen liegen keine signifikanten Abweichungen vor. (Vgl. Abschnitt „Wer hat mitgemacht?")

Teilnehmende, die zustimmen, sagen…

- Die Rentenreform muss sicherstellen, dass die Belastungen fair auf alle Generationen verteilt werden, ohne die zukünftigen Generationen zu stark zu belasten.
- Auch bestehende Rentner und Personen, die kurz vor der Rente stehen, sollten ihren Beitrag zur Rentenreform leisten.
- Es ist demotivierend für jüngere Menschen, wenn sie schlechtere Bedingungen vorfinden als die Generationen davor.

> *„Die jungen Generationen tragen in unserem System immer die Kosten für die älteren Generationen […] Es muss also eine Lösung gefunden werden, die für alle Generationen fair ist." (ID: 1878)*

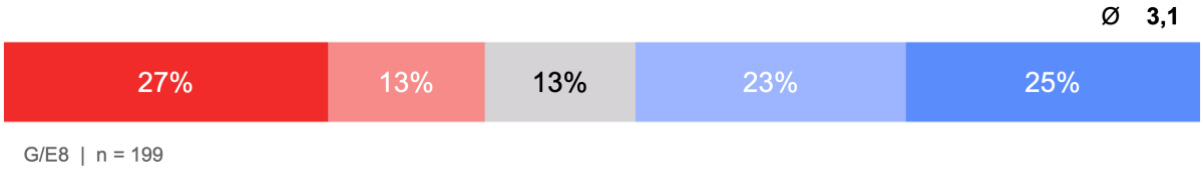
Teilnehmende, die ablehnen, sagen…

- Es sollte sichergestellt werden, dass bestehende Rentenansprüche geschützt werden, und Einschnitte für Rentner oder kurz vor der Rente stehende Personen sind abzulehnen.
- Das bestehende Rentensystem muss grundsätzlich reformiert werden, anstatt weiterhin auf intergenerationelle Umverteilung zu setzen.
- Es ist notwendig, alternative Finanzierungsquellen für das Rentensystem zu erschließen, anstatt die Belastungen weiterhin zwischen den Generationen umzuverteilen.

Umverteilungsmechanismen

***THESE:** „Das Rentensystem muss Umverteilungsmechanismen beinhalten, um die Einkommensunterschiede zwischen den Rentnern zu verringern."*

199 Personen[23] haben zu dieser These abgestimmt. 49 stimmen voll und ganz zu (25%). 45 stimmen eher zu (23%), 25 stimmen der These weder zu noch lehnen sie sie ab (13%), 26 lehnen die These eher ab (13%) und 54 Personen lehnen die These voll und ganz ab (27%).[24] Daraus ergibt sich ein Mittelwert von 3,1 (Skala von 1 bis 5).



79 Personen haben ihre Antwort mit einem Textbeitrag begründet (40 %). Auf diese Beiträge wurde in 8 Kommentaren reagiert. Befürworter argumentieren mit Solidarität und sozialer Gerechtigkeit, Gegner lehnen diese Mechanismen ab, da sie dem Leistungsprinzip widersprechen. Neutrale Positionen schlagen alternative Umverteilungsansätze wie Mindest- und Höchstrenten vor. Im Folgenden sind mehrfach genannte Argumente zusammengefasst:

Teilnehmende, die zustimmen, sagen...

- Umverteilungsmechanismen können soziale Ungleichheit verringern und eine solidarische Gesellschaft fördern.
- Es braucht eine Begrenzung übermäßig hoher Renten, um niedrige Renten zu finanzieren und das Rentensystem insgesamt zu entlasten.
- Das Rentensystem muss eine ausreichende Mindestrente garantieren, die ein würdiges Leben ermöglicht.

> *« Un système de pension équitable est un système de pension avec partage de la richesse. » (ID 3622)*

Teilnehmende, die ablehnen, sagen...

- Umverteilungsmechanismen widersprechen dem Prinzip, dass Rentenleistungen den eingezahlten Beiträgen entsprechen sollen.
- Umverteilungsmechanismen sollten nicht im Rentensystem geregelt werden, sondern durch Maßnahmen der Sozialpolitik erfolgen.
- Umverteilungsmechanismen würden die Motivation zu arbeiten und ins Rentensystem einzuzahlen, verringern.
- Es gibt ausreichende Umverteilungsmechanismen, insbesondere das Steuersystem.

> *« Je cotise plus, j'ai droit à plus sinon ou est l'intérêt ? » (ID 907)*

[23] Im Vergleich mit allen registrierten Personen wurde diese These prozentual häufiger von Männern (+9 Prozentpunkte) und seltener von Frauen (-9 Prozentpunkte) beantwortet. In den anderen Merkmalen liegen keine signifikanten Abweichungen vor. (Vgl. Abschnitt „Wer hat mitgemacht?")
[24] Durch Rundungsfehler ergeben sich in der Addition 101%.

Schlüsselaspekte der Analyse

Die Kombination aus den inhaltlichen Textbeiträgen und den quantitativen Abstimmungsergebnissen zeigt Themenbereiche, die für ein vertieftes Verständnis der Einstellungen der Teilnehmenden zur Gerechtigkeit des Rentensystems besonders relevant sind.

Hauptforderungen

Erhöhung der Mindestrente: Sicherung eines würdevollen Lebensabends – auch für Menschen mit geringerem Einkommen oder unterbrochenen Erwerbsverläufen.

Anerkennung von beitragsfreien Zeiten: Care-Arbeit, Ausbildung, Krankheit oder andere Lücken sollen angemessen in die Rentenberechnung einfließen – insbesondere zur Reduktion der geschlechtsspezifischen Rentenlücke.

Keine pauschalen Rentenkürzungen: Forderung, bestehende Renten zu schützen und stattdessen strukturelle, zukunftsorientierte Lösungen umzusetzen.

Mehr Transparenz und Nachvollziehbarkeit: Wunsch nach einer klaren Kommunikation: Wie wird die Rente berechnet? Wer profitiert? Wer zahlt wie viel ein? – Vertrauen entsteht durch Transparenz und Nachvollziehbarkeit.

Generationengerechte Reformen: Ein nachhaltiges System muss auch für junge Menschen attraktiv und fair sein – etwa durch Mischfinanzierung oder Rücklagenbildung.

Förderung der Beschäftigungsfähigkeit älterer Arbeitnehmer: Bessere Rahmenbedingungen für längeres Arbeiten – nicht als Zwang, sondern als Chance.

Balance zwischen Solidarität und Eigenverantwortung: Solidarität wird gewünscht, darf aber nicht die Motivation zur Vorsorge untergraben. Beides muss koexistieren können.

Zentrale Spannungsfelder

Generationenvertrag wird als gefährdet wahrgenommen: Es herrscht Einigkeit, dass die Belastung der jungen Generation nicht weiter steigen darf, gleichzeitig aber auch ältere Menschen auf ihre Renten angewiesen sind. Daraus ergibt sich die Forderung nach einer fairen Lastenverteilung zwischen den Generationen – sowohl in der Finanzierung als auch in der Ausgestaltung des Systems.

Verhältnis von Solidarität und Eigenverantwortung: Während ein Teil der Befragten – häufig Menschen mit unterbrochenen Erwerbsbiografien durch Care-Arbeit, Studienzeiten oder andere nicht beitragspflichtige Phasen – eine solidarischere und flexiblere Gestaltung des Systems fordert, halten andere, meist mit durchgehender Beitragszahlung, am Leistungsprinzip fest. Die wahrgenommene Notwendigkeit zur Stärkung der sozialen Gerechtigkeit– insbesondere zur Stützung niedriger Renten und Abflachung besonders hoher Rentenansprüche – steht die Befürchtung gegenüber, dass das System zu einem allgemeinen Umverteilungsinstrument gemacht und das Leistungsprinzip untergraben wird.

Die Erhöhung der Mindestrente: Die Maßnahme wird von einer großen Mehrheit als notwendig angesehen, um Altersarmut zu verhindern und besonders Menschen mit niedrigem Einkommen oder unregelmäßigen Erwerbsverläufen abzusichern. Gleichzeitig bestehen Bedenken, dass eine pauschale Mindestrente das Äquivalenzprinzip unterminieren könnte, wenn sie unabhängig von der Beitragshöhe gewährt wird.

Frauen und Personen mit unterbrochenen Erwerbsbiografien fühlen sich im derzeitigen System strukturell benachteiligt: Die Teilnehmenden fordern deshalb eine deutlich bessere Anerkennung von Kindererziehungszeiten, Pflegephasen und Ausbildungszeiten, aber auch kompensatorische Mechanismen für Phasen ohne Beitragsleistung, zum Beispiel durch fiktive Gutschriften, Splittingmodelle oder flexible Nachzahlungen. Besonders betont wird dabei die Notwendigkeit, strukturelle Benachteiligungen von Frauen aktiv auszugleichen, da sie häufiger in Teilzeit oder unterbrochenen Karrieren arbeiten.

Mangelnde Transparenz: Viele Teilnehmende bemängeln, dass die Berechnung der Rentenansprüche sowie die Umverteilungsmechanismen schwer nachvollziehbar seien – was das ohnehin fragile Vertrauen zusätzlich untergräbt. Der Wunsch nach klaren, verständlichen Informationen und nachvollziehbaren Regeln zieht sich durch viele Beiträge.

Sorgen über Nachhaltigkeit und Finanzierbarkeit des Systems: Die Mehrheit spricht sich klar dafür aus, frühzeitig strukturelle Reformen einzuleiten – etwa durch automatische Anpassungen an die Lebenserwartung, spätere Renteneintritte, oder den Aufbau von Rücklagen, häufig, um kurzfristige Leistungskürzungen vermeiden zu können.

Nachhaltigkeit

Worum geht es?

In diesem Thema geht es vor allem um die Frage, wie die finanzielle Tragfähigkeit des Rentensystems gesichert werden kann sowie auch um ökologische und soziale Aspekte von Nachhaltigkeit.

Einleitender Text des Online-Dialogs: *Die finanzielle Tragfähigkeit des Rentensystems in Luxemburg ist angesichts der Bevölkerungsalterung und der steigenden Lebenserwartung, die die Zahl der Leistungsempfänger im Verhältnis zu den Beitragszahlern erhöhen, von entscheidender Bedeutung. Der Altersabhängigkeitsquotient könnte bis 2070 auf 106% steigen, was bedeutet, dass jeder Arbeitnehmer mehr als einen Rentner finanzieren muss. Ohne dringende Reformen werden die Leistungsausgaben die Beitragseinnahmen übersteigen, und es besteht die Gefahr, dass die derzeitigen Reserven bis 2047 aufgebraucht sind.*

Zu den Lösungen gehören die Anhebung des effektiven Renteneintrittsalters, die Einschränkung der vorzeitigen Alterspension und Anreize zur Verlängerung des Arbeitslebens. Die Diversifizierung der Finanzierung durch private Systeme, Reservefonds und gezielte Steuern ist ebenfalls von entscheidender Bedeutung. Die Ankurbelung des Wirtschafts- und Bevölkerungswachstums, insbesondere durch Zuwanderung und grenzüberschreitende Arbeit, könnte die Zahl der Beitragszahler erhöhen.

Zusammenfassung der Ergebnisse

Die im Thema Nachhaltigkeit behandelten sieben Thesen zeigen insgesamt eine große Spannbreite in der Zustimmung. Demografische Merkmale wie Alter, Beruf oder Wohnort spielen dabei zwar eine Rolle, doch aus den quantitativen Ergebnissen und den qualitativen Kommentaren wird ersichtlich, dass vor allem konkrete Erfahrungen im Arbeitsmarkt, Erwartungen an die Zukunft und die Einschätzung zur wirtschaftlichen Entwicklung wesentliche Faktoren für die Beurteilung sind. Viele Teilnehmende untermauern ihre Zustimmung oder Ablehnung, indem sie direkt auf ihre individuelle Lebenssituation verweisen – etwa ihre gesundheitliche Verfassung, familiäre Verpflichtungen oder berufliche Rahmenbedingungen. In diesem Thema haben rund 422 % der Personen, die eine These bewertet haben, auch eine Begründung abgegeben.

Zustimmende Argumente zu den vorgeschlagenen Thesen betonen vor allem die Bedeutung von wirtschaftlicher Stärke und Innovation. Viele sehen in Wachstum, Produktivitätssteigerung und einer gezielten Zuwanderung zentrale Hebel, um die Einnahmenseite des Rentensystems zu sichern. Auch die Forderung nach einer breiteren Finanzierungsbasis – etwa durch private Vorsorge oder spezifische Fonds – wird häufig genannt.

Kritische Stimmen gegenüber den Thesen äußern Bedenken gegenüber pauschalen Maßnahmen. Insbesondere bei der Anpassung des Renteneintrittsalter an die Lebenserwartung werden individuelle Lösungen, die unterschiedliche Berufsverläufe und Lebenslagen berücksichtigen, gefordert. Negative ökologische beziehungsweise soziale Folgen werden in Bezug auf Attraktivitäts-Steigerung, Wachstum und auch Leistungskürzungen bei aktuellen Renten geäußert.

Ein gemeinsamer Nenner über alle Positionen hinweg ist der Wunsch nach einem System, das nachvollziehbar, gerecht und zukunftsfest ist. Bei der Frage wie dies zu erreichen ist, gehen die Meinung dagegen auseinander.

Kurz gesagt: Finanzielle Stabilität und sozial-ökologische Verträglichkeit müssen Hand in Hand gehen. Finanzielle Nachhaltigkeit bedeutet für viele nicht nur, dass Beiträge und Leistungen verlässlich bleiben, sondern auch, dass der Zusammenhalt zwischen den Generationen nicht verloren geht. Die Ergebnisse des Online-Dialogs zeigen, dass viele Teilnehmende sowohl den Handlungsbedarf erkennen als auch eine Vielzahl an Maßnahmen unterstützen, um das Rentensystem langfristig finanziell tragfähig zu machen.

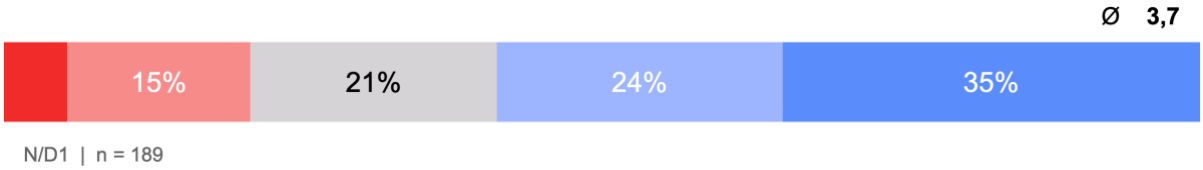
Dabei dominieren einerseits die Unterstützung von Wachstum, Produktivitätssteigerung und der Stärkung Luxemburgs als attraktiver Arbeitsort – allerdings auch begleitet von der Sorge vor negativen sozialen und ökologischen Folgen des Wachstums. Zum anderen dominiert die Forderung nach Diversifizierung (z. B. über private Vorsorgeelemente und alternative Finanzierungsmodelle). Umstritten sind hingegen direkte Eingriffe in die Rentenphase, die häufig als zu undifferenziert oder ungerecht empfunden werden (z. B. Anpassung des Renteneintritts an Lebenserwartung, ausschließliche Kopplung an Inflation, Kürzungen der Leistungen).

Bei einigen Thesen zeigen sich durchaus Unterschiede in Bezug auf Alter, Beruf oder Geschlecht. Entscheidend für die Bewertung von Reformvorschlägen sind aber die konkreten Lebensrealitäten, persönliche Erfahrungen, Zukunftserwartungen und das individuelle Verständnis von Gerechtigkeit.

Steigerung der Produktivität

THESE: *„Die Steigerung der Produktivität und der Investitionen ist für die Unterstützung des Altersvorsorgesystems von entscheidender Bedeutung."*

189 Personen[25] haben zu dieser These abgestimmt. 66 stimmen voll und ganz zu (35%). 45 stimmen eher zu (24%), 39 stimmen der These weder zu noch lehnen sie sie ab (21%), 29 lehnen die These eher ab (15%) und 10 Personen lehnen die These voll und ganz ab (5%). Daraus ergibt sich ein Mittelwert von 3,7 (Skala von 1 bis 5).



74 Personen haben ihre Antwort mit einem Textbeitrag begründet (39 %). Auf diese Beiträge wurde in 2 Kommentaren reagiert. Befürworter argumentieren, dass Produktivitätssteigerungen essenziell für die wirtschaftliche Stabilität und damit für die Finanzierung des Rentensystems sind. Gegner bezweifeln die Effektivität der Maßnahme, welche strukturelle Probleme wie den demografischen Wandel nicht lösen und zu einer Überforderung der Arbeitnehmer führen könnten. Folgenden sind mehrfach genannte Argumente zusammengefasst:

Teilnehmende, die zustimmen, sagen...

- Produktivitätssteigerung ist essenziell für wirtschaftliches Wachstum und die finanzielle Basis des Rentensystems. Besonders im öffentlichen Sektor wird eine Erhöhung der Produktivität gefordert.
- Produktivitätssteigerung sollte jedoch nicht auf Kosten der Gesundheit von Arbeitnehmern oder der Umwelt gehen.
- Technologische Innovationen könnten zur Produktivitätssteigerung genutzt werden.
- Es ist wichtig die Produktivitätsgewinne an alle Beteiligten gerecht zu verteilen.

Teilnehmende, die ablehnen, sagen...

- Der Fokus auf Wachstum und Produktivitätssteigerung kann ökologische und soziale Probleme verursachen.
- Produktivitätssteigerungen können zu übermäßigem Druck auf Arbeitnehmer führen, die bereits an ihrer Belastungsgrenze arbeiten.
- Produktivitätsgewinne werden nicht gerecht an die Arbeitnehmer oder an das Rentensystem weitergegeben, und kommen hauptsächlich den Arbeitgebern zugute.
- Produktivitätssteigerung kann das grundlegende Problem des Missverhältnisses zwischen Erwerbstätigen und Rentnern nicht lösen. Es braucht alternative Ansätze.

> *„Die Produktivität zu erhöhen, macht den Wirtschaftsstandort attraktiv und erhält und erhöht die Zahl der Arbeitsplätze. Dieses sollte aber nicht mit ungebändigter Wachstumsdynamik gleichgesetzt werden, solange dieses Wachstum nicht umwelt- und klimaschonend erfolgt." (ID 1826)*

[25] Im Vergleich mit allen registrierten Personen wurde diese These prozentual häufiger von Männern (+15 Prozentpunkte) und seltener von Frauen (-15 Prozentpunkte) beantwortet. In den anderen Merkmalen liegen keine signifikanten Abweichungen vor. (Vgl. Abschnitt „Wer hat mitgemacht?")

Attraktivität Luxemburgs

THESE: *„Die Attraktivität Luxemburgs für ausländische Arbeitnehmer ist entscheidend, um einen positiven Trend bei den Beitragseinnahmen aufrechtzuerhalten."*

185 Personen[26] haben zu dieser These abgestimmt. 93 stimmen voll und ganz zu (50%). 47 stimmen eher zu (25%), 19 stimmen der These weder zu noch lehnen sie sie ab (10%), 14 lehnen die These eher ab (8%) und 12 Personen lehnen die These voll und ganz ab (7%). Daraus ergibt sich ein Mittelwert von 4,1 (Skala von 1 bis 5).

79 Personen haben ihre Antwort mit einem Textbeitrag begründet (43 %). Auf diese Beiträge wurde in 7 Kommentaren reagiert. Für Befürworter sind ausländische Arbeitnehmer entscheidend für die Finanzierung des Rentensystems. Gegner haben Bedenken hinsichtlich der Nachhaltigkeit, da ein wachsender Zustrom an Arbeitnehmern langfristig infrastrukturelle und wirtschaftliche Grenzen erreichen könnte. Im Folgenden sind mehrfach genannte Argumente zusammengefasst:

Teilnehmende, die zustimmen, sagen...

- Die Attraktivität Luxemburgs für ausländische Arbeitnehmer ist essentiell für die Finanzierung des Rentensystems durch zusätzliche Beitragszahler.
- Für die Attraktivität ist eine verbesserte Verkehrs- und Wohnungsinfrastruktur entscheidend.
- Ja, allerdings muss Luxemburg eine nachhaltige Wachstumsstrategie verfolgen, die über ein reines Bevölkerungswachstum hinausgeht.

> *« Le système actuel d'assurance pension repose sur les cotisations des travailleurs, l'attractivité du marché de l'emploi grand-ducal est une priorité! » (ID 2444)*

Teilnehmende, die ablehnen, sagen...

- Das Wachstum stößt bereits an physische und infrastrukturelle Grenzen; nicht nachhaltig.
- Anstatt auf Zuwanderung zu setzen, sollte die Beschäftigungsfähigkeit und wirtschaftliche Unabhängigkeit der lokalen Bevölkerung gefördert werden.
- Der wirtschaftliche Verlust durch den Export von Rentenleistungen an Grenzgänger und Ausländer überwiegt langfristig den Nutzen.
- Es müssen alternative, wachstumsunabhängige Finanzierungsmodelle gefunden werden.

> *„Wie bisher über immer weiteres Wachstum seitens der Beitragszahler zu planen ist das Gegenteil von Nachhaltigkeit. Das ist genau das, was uns von außenstehenden Gremien als Schneeballsystem angekreidet wird!" (ID 1783)*

[26] Im Vergleich mit allen registrierten Personen wurde diese These prozentual häufiger von Männern (+13 Prozentpunkte) und seltener von Frauen (-13 Prozentpunkte) beantwortet. In den anderen Merkmalen liegen keine signifikanten Abweichungen vor. (Vgl. Abschnitt „Wer hat mitgemacht?")

Kopplung der Renten

THESE: *„Die Renten sollten ausschließlich an die Inflation gekoppelt werden, ohne an die Entwicklung des durchschnittlichen Niveaus der beitragspflichtigen Löhne angepasst zu werden, um den Anstieg der Ausgaben zu begrenzen."*

195 Personen[27] haben zu dieser These abgestimmt. 53 stimmen voll und ganz zu (27%). 32 stimmen eher zu (16%), 25 stimmen der These weder zu noch lehnen sie sie ab (13%), 38 lehnen die These eher ab (20%) und 47 Personen lehnen die These voll und ganz ab (24%). Daraus ergibt sich ein Mittelwert von 3,0 (Skala von 1 bis 5).

77 Personen haben ihre Antwort mit einem Textbeitrag begründet (40 %). Auf diese Beiträge wurde in 4 Kommentaren reagiert. Die Debatte zeigt einen zentralen Konflikt zwischen sozialer Gerechtigkeit und finanzieller Nachhaltigkeit. Ablehnende Stimmen betonen die Gefahr wachsender Altersarmut. Befürworter sehen eine Notwendigkeit, um das System langfristig zu stabilisieren. Im Folgenden sind mehrfach genannte Argumente zusammengefasst:

Teilnehmende, die zustimmen, sagen...

- Rentner haben andere Bedürfnisse und Ausgabenstrukturen als Arbeitnehmer, weshalb eine reine Inflationsanpassung ausreichend ist.
- Entkopplung ist notwendig für die Systemstabilität und die Generationengerechtigkeit.
- Die Anpassung sollte nach Rentenhöhe gestaffelt werden - niedrige Renten könnten an die Lohnentwicklung gekoppelt bleiben, hohe Renten nur an die Inflation.

> *„Das ist absolut notwendig, damit die Rentenreserve länger reicht und die jüngere und ganz junge Generation nicht [...] mit einer leeren Rentenkasse und sehr viel größeren Einschnitten konfrontiert werden." (ID 3570)*

Teilnehmende, die ablehnen, sagen...

- Die Entkopplung der Renten von der Lohnentwicklung würde zu höherer Altersarmut führen und benachteiligt insbesondere Rentner mit niedrigerem Einkommen.
- Rentner haben durch ihre Lebensleistung das Recht, am allgemeinen Wohlstandswachstum teilzuhaben, nicht nur an der Inflationsanpassung.

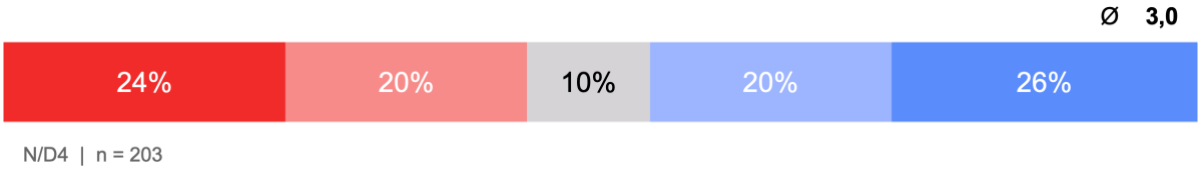
> *„Wenn Arbeitnehmer von steigenden Löhnen profitieren, sollten es auch die Rentner, da steigende Löhne auch auf den von Rentnern mit aufgebauten wirtschaftlichen Bedingungen basieren." (ID 2009)*

[27] Im Vergleich mit allen registrierten Personen wurde diese These prozentual häufiger von Männern (+13 Prozentpunkte) und seltener von Frauen (-13 Prozentpunkte) beantwortet. In den anderen Merkmalen liegen keine signifikanten Abweichungen vor. (Vgl. Abschnitt „Wer hat mitgemacht?")

Anpassung an Lebenserwartung

THESE: *„Das Renteneintrittsalter sollte entsprechend der Entwicklung der Lebenserwartung angepasst werden, um die Nachhaltigkeit des Altersvorsorgesystems zu unterstützen."*

203 Personen[28] haben zu dieser These abgestimmt. 52 stimmen voll und ganz zu (26%). 41 stimmen eher zu (20%), 21 stimmen der These weder zu noch lehnen sie sie ab (10%), 41 lehnen die These eher ab (20%) und 48 Personen lehnen die These voll und ganz ab (23%). Daraus ergibt sich ein Mittelwert von 3,0 (Skala von 1 bis 5).



Starke Polarisierung – Wer steht wo?

Betrachtet man die demografischen Daten der zustimmenden und ablehnenden Teilnehmenden zeigen sich signifikante Unterschiede beim beruflichen Hintergrund und dem Alter der Teilnehmenden:

- Die Gruppe der 50-59-Jährigen ist bei den Ablehnenden deutlich stärker vertreten (47 %) als bei den Zustimmenden (28 %).
- Die Gruppe der 60-69-Jährigen ist unter den Zustimmenden deutlich stärker vertreten (46 %) als unter den Ablehnenden (16 %).
- Die Gruppe der Rentner/Pensionierte ist bei den Zustimmenden deutlich stärker vertreten (41,9%) als bei den Ablehnenden (11 %).
- Beschäftigte aus der Privatwirtschaft lehnen die These deutlich häufiger ab (52 % der Ablehnenden gegenüber 28 % der Zustimmenden).

Andere Merkmale zeigen keine signifikanten Unterschiede. Generell ist die nicht repräsentative Verteilung der Merkmale unter den Teilnehmenden zu beachten (Vgl. Abschnitt „Wer hat mitgemacht?")

Begründung der Antworten – Wer sagt was?

92 Personen haben ihre Antwort mit einem Textbeitrag begründet (45 %). Auf diese Beiträge wurde in 2 Kommentaren reagiert. Befürworter sehen in der Anpassung eine notwendige Maßnahme zur Sicherung des Rentensystems, während Gegner vor allem die pauschale Anwendung dieses Modells kritisieren. Zudem wird bezweifelt, dass die Lebenserwartung aufgrund aktueller Krisen weiterhin steigen wird, wie es für eine solche Anpassung notwendig wäre. Im Folgenden sind mehrfach genannte Argumente zusammengefasst:

[28] Im Vergleich mit allen registrierten Personen wurde diese These prozentual häufiger von Männern (+11 Prozentpunkte) und seltener von Frauen (-12 Prozentpunkte) beantwortet. In den anderen Merkmalen liegen keine signifikanten Abweichungen vor. (Vgl. Abschnitt „Wer hat mitgemacht?")

Teilnehmende, die zustimmen, sagen…

- Eine Anpassung ist notwendig, um die finanzielle Nachhaltigkeit des Rentensystems zu gewährleisten.
- Bei solch einer Anpassung ist jedoch eine differenzierte Betrachtung nach Berufsgruppen, Arbeitsbedingungen und körperlicher Belastung notwendig.

Teilnehmende, die ablehnen, sagen…

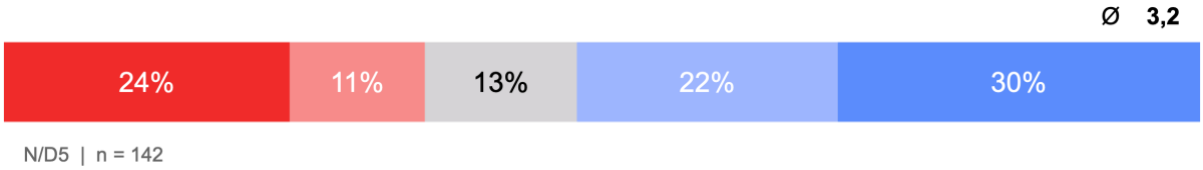
- Es reicht nicht nur die allgemeine Lebenserwartung zu betrachten, wenn das Renteneintrittsalter angehoben wird. Wichtiger ist die gesunde Lebenserwartung, also die Anzahl der Jahre, die Menschen im Durchschnitt ohne schwerwiegende gesundheitliche Einschränkungen leben.
- Eine pauschale Anhebung des Renteneintrittsalters würde die unterschiedlichen Arbeitsbedingungen und Belastungen in verschiedenen Berufsgruppen nicht ausreichend berücksichtigen.
- Es braucht alternative Lösungen zur Sicherung des Rentensystems, wie höhere Beiträge oder eine Begrenzung der maximalen Rentenhöhe.
- Faktoren wie Stress, Umweltverschmutzung und Klimawandel könnten die Lebenserwartung stagnieren lassen oder sogar verringern, was zu geringeren Einnahmen im Rentensystem führen würde.

> *„Dieser Begriff ist sehr dehnbar! Solche Berechnungen können nicht pauschal erfolgen, sondern sind nach Geschlecht, Arbeitsumfeld, Sektor, und physischen und mentalen Belastungen der Menschen zu bewerten.“ (ID 2069)*

Abschlag bei früherem Renteneintritt

THESE: *„Ein früherer Renteneintritt sollte mit einem Abschlag verbunden sein, um Arbeitnehmer zu ermutigen, länger im Arbeitsmarkt zu bleiben."*

142 Personen[29] haben zu dieser These abgestimmt. 43 stimmen voll und ganz zu (30%). 31 stimmen eher zu (22%), 18 stimmen der These weder zu noch lehnen sie sie ab (13%), 16 lehnen die These eher ab (11%) und 34 Personen lehnen die These voll und ganz ab (24%). Daraus ergibt sich ein Mittelwert von 4,0 (Skala von 1 bis 5).



Starke Polarisierung – Wer steht wo?

Betrachtet man die demografischen Daten der zustimmenden und ablehnenden Teilnehmenden zeigen sich signifikante Unterschiede beim Alter und des beruflichen Hintergrundes der Teilnehmenden:

- Die Gruppe der über 60-Jährigen ist stärker unter den Zustimmenden vertreten (41 %) als unter den Ablehnenden (12 %).
- Mehr Personen mittleren Alters (50-59) bei den Ablehnenden (54 %) als bei den Zustimmenden (39 %).
- Rentner sind deutlich überrepräsentiert bei den Zustimmenden (30 %) als bei den Ablehnenden (6 %).
- Personen in der Privatwirtschaft sind stärker bei den Ablehnenden vertreten (60,00%) als bei den Zustimmenden (39 %).
- Freiberuflich Tätige stimmen tendenziell eher zu (14 % vs. 6 %).

Andere Merkmale zeigen keine signifikanten Unterschiede. Generell ist die nicht repräsentative Verteilung der Merkmale unter den Teilnehmenden zu beachten (Vgl. Abschnitt „Wer hat mitgemacht?")

Begründung der Antworten – Wer sagt was?

60 Personen haben ihre Antwort mit einem Textbeitrag begründet (42 %). Auf diese Beiträge wurde in 2 Kommentaren reagiert. Befürworter betonen Beitragsgerechtigkeit (wer weniger einzahlt, sollte weniger Rente erhalten) und die finanzielle Nachhaltigkeit des Rentensystems. Gegner argumentieren für das Beitragsprinzip (entscheidend ist die Beitragsdauer, nicht das Alter) und betonen gesundheitliche Belastungen. Neutrale fordern eine flexible Lösung je nach Beitragszeit und Arbeitsbelastung. Im Folgenden sind mehrfach genannte Argumente zusammengefasst:

[29] Im Vergleich mit allen registrierten Personen wurde diese These prozentual häufiger von Männern (+11 Prozentpunkte) und seltener von Frauen (-12 Prozentpunkte) beantwortet. In den anderen Merkmalen liegen keine signifikanten Abweichungen vor. (Vgl. Abschnitt „Wer hat mitgemacht?")

Teilnehmende, die zustimmen, sagen…

- Kürzere Beitragszeiten und längere Bezugsjahre sollten zu geringeren Rentenleistungen führen, um Fairness im System zu gewährleisten.
- Vorzeitige Renteneintritte ohne Abschläge belasten das Rentensystem finanziell und sind langfristig nicht tragbar.
- Es sollte jedoch eine Differenzierung nach Berufsgruppen, Arbeitsbelastung oder gesundheitlichen Faktoren geben.

> *„Ein Eintritt in die Rente mit 57 ist auf Dauer nicht finanzierbar." (ID 2866)*

Teilnehmende, die ablehnen, sagen…

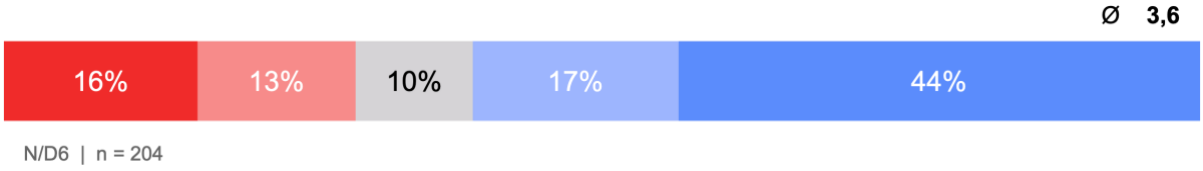
- Bei voller Beitragsdauer (typischerweise 40 Jahre) sollten keine Abschläge anfallen.
- Unterschiedlichen Belastungen von Berufsgruppen und gesundheitlichen Faktoren sollten berücksichtigt werden.
- Durch die proportional kürzere Beitragszeit entsteht bereits automatisch eine geringere Rente, ohne dass zusätzliche Abschläge notwendig wären.

> *„Eine Person, die durch harte Arbeit erschöpft ist, sollte früher gehen dürfen, ohne bestraft zu werden." (ID 1728)*

Private Rentenversicherungen

THESE: *„Private Rentenversicherungen müssen attraktiver gestaltet werden, um die Architektur der Altersvorsorge zu diversifizieren und gleichzeitig eine solidarische und effiziente erste Säule zu erhalten."*

204 Personen[30] haben zu dieser These abgestimmt. 89 stimmen voll und ganz zu (44%). 35 stimmen eher zu (17%), 20 stimmen der These weder zu noch lehnen sie sie ab (10%), 27 lehnen die These eher ab (13%) und 33 Personen lehnen die These voll und ganz ab (16%). Daraus ergibt sich ein Mittelwert von 3,6 (Skala von 1 bis 5).



94 Personen haben ihre Antwort mit einem Textbeitrag begründet (46 %). Auf diese Beiträge wurde in 20 Kommentaren reagiert. Befürworter unterstützen private Rentenversicherung als sinnvolle Ergänzung, während Gegner der These soziale Ungleichheit und hohe Kosten bemängeln. Es gibt viele Vorschläge zur Verbesserung des aktuellen Systems. Im Folgenden sind mehrfach genannte Argumente zusammengefasst:

Teilnehmende, die zustimmen, sagen...

- Private Rentenversicherungen ermöglichen eine Diversifikation der Altersvorsorge.
- Steuerlichen Absetzbarkeit und Förderung privater Rentenversicherungen verbessern.
- Zur Verbesserung der Attraktivität privater Altersvorsorge könnten insbesondere Kostensenkungen und mehr Flexibilität beitragen.
- Private Rentenversicherungen sind eine Lösung für langfristige demografische Probleme und gegen die Notwendigkeit ständigen Wirtschaftswachstum.
- Internationale Modelle, wie beispielsweise das Schweizer Modell, können als Vorbild für Luxemburg dienen.

> *„Die erste Säule basiert auf laufender Umverteilung. Es braucht aber zusätzlich ein privates Ansparen verbunden mit Investitionen in die Wirtschaft (d.h. Aktien), um von über langen Zeiträumen hohen Renditen profitieren zu können." (ID 2988)*

Teilnehmende, die ablehnen, sagen...

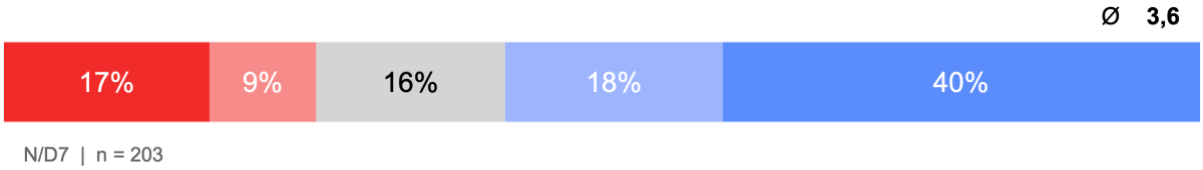
- Private Rentenversicherungen könnten die soziale Ungleichheit verstärken, da sie nur für Besserverdienende erschwinglich sind.
- Von privaten Rentenversicherungen profitieren vor allem Banken und Versicherungen, während die Beitragszahlenden wenige Vorteile haben.
- Die Förderung privater Rentenversicherungen sollte nicht Aufgabe des Staates sein.
- Private Einlagen sind unsicherer als im staatlichen System.

[30] Im Vergleich mit allen registrierten Personen wurde diese These prozentual häufiger von Männern (+12 Prozentpunkte) und seltener von Frauen (-12 Prozentpunkte) beantwortet. In den anderen Merkmalen liegen keine signifikanten Abweichungen vor. (Vgl. Abschnitt „Wer hat mitgemacht?")

Diversifizierung der Finanzierungsquellen

THESE: *„Die Finanzierungsquellen für die Renten (Sozialbeiträge, allgemeine Steuern) müssen diversifiziert werden, um langfristig finanzielle Stabilität zu gewährleisten."*

203 Personen[31] haben zu dieser These abgestimmt. 81 stimmen voll und ganz zu (■ 40%). 37 stimmen eher zu (■ 18%), 32 stimmen der These weder zu noch lehnen sie sie ab (■ 16%), 18 lehnen die These eher ab (■ 9%) und 35 Personen lehnen die These voll und ganz ab (■ 17%). Daraus ergibt sich ein Mittelwert von 4,0 (Skala von 1 bis 5).



84 Personen haben ihre Antwort mit einem Textbeitrag begründet (41 %). Auf diese Beiträge wurde in 5 Kommentaren reagiert. Befürworter sehen die Diversifizierung als eine Möglichkeit das System zukunftsfähige und stabil zu gestalten. Gegner haben Bedenken hinsichtlich der wirtschaftlichen Auswirkungen, der Systemveränderung und der Frage, ob strukturelle Reformen nicht der bessere Weg wären. Im Folgenden sind mehrfach genannte Argumente zusammengefasst:

Teilnehmende, die zustimmen, sagen...

- Es sollten neue Einnahmequellen erschlossen werden, insbesondere durch Besteuerung von Kapitalerträgen, KI-Technologien, großen Unternehmen und Vermögen.
- Bestehende Reservefonds sollten aktiver verwaltet und in ertragreichere Anlagen investiert werden.
- Neue Finanzierungsquellen sollten durch grundlegende Änderungen im Rentensystem wie die Einführung eines einheitlichen Systems für alle Arbeitnehmer oder die Einbeziehung von Rentnern in die Finanzierung erschlossen werden.
- Eine Diversifizierung kann zur Stabilität und Zukunftssicherheit führen.

> *„Diversifizierung der Finanzierungsquellen und ein besseres Risikomanagement. Mehrere Standbeine sind immer gut." (ID 2694)*

Teilnehmende, die ablehnen, sagen...

- Eine Erhöhung von Steuern oder Abgaben würde die wirtschaftliche Attraktivität Luxemburgs gefährden.
- Das Rentensystem sollte weiterhin auf dem Prinzip der Selbstfinanzierung durch die Beiträge basieren.
- Stattdessen sollte das System durch strukturelle Reformen verbessert werden.
- Stattdessen sollten öffentlichen Ausgaben reduziert oder umgelenkt werden.

[31] Im Vergleich mit allen registrierten Personen wurde diese These prozentual häufiger von Männern (+12 Prozentpunkte) und seltener von Frauen (-12 Prozentpunkte) beantwortet. Zudem wurde die These häufiger von Personen bewertet, die in Luxemburg arbeiten oder studieren (+10 Prozentpunkte). In den anderen Merkmalen liegen keine signifikanten Abweichungen vor. (Vgl. Abschnitt „Wer hat mitgemacht?")

Schlüsselaspekte der Analyse

Die Kombination aus den inhaltlichen Textbeiträgen und den quantitativen Abstimmungsergebnissen zeigt Themenbereiche, die für ein vertieftes Verständnis der Einstellungen der Teilnehmenden zur Nachhaltigkeit des Rentensystems besonders relevant sind.

Hauptforderungen

Stärkung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit: Viele Teilnehmende fordern eine Stabilisierung der Einnahmeseite durch verstärktes Wachstum, innovative Impulse und gezielte Zuwanderung. Luxemburgs Attraktivität als Wirtschaftsstandort wird hierbei als zentraler Hebel gesehen. Immer wieder werden aber soziale und ökologische Grenzen für dieses Wachstumsversprechen benannt.

Mehrsäulige bzw. diversifizierte Rentenfinanzierung: Es besteht weitgehende Übereinstimmung, dass das bestehende Umlagesystem allein den zukünftigen finanziellen Herausforderungen nicht gewachsen ist. Daher wird der Ausbau zusätzlicher Finanzierungsinstrumente, wie private Vorsorgeoptionen, Reservefonds oder zweckgebundene Steuern, als essenziell erachtet, um das System krisenfester zu gestalten.

Flexible Regelungen statt starrer Vorgaben: Reformvorschläge wie die Erhöhung des Rentenalters oder Abschläge für einen vorzeitigen Renteneintritt werden nur dann als akzeptabel empfunden, wenn sie differenziert ausgestaltet sind. Es wird gefordert, Härtefälle – etwa bei gesundheitlichen Einschränkungen oder familiären Verpflichtungen – individuell zu berücksichtigen. Diese Forderung ergibt sich aus den persönlichen Erfahrungsberichten der Teilnehmenden, die betonen, dass pauschale Maßnahmen oft ihre spezifische Lebensrealität nicht abbilden.

Transparenz und Nachvollziehbarkeit: Ein zentraler Aspekt ist die Forderung nach klaren und verständlichen Regelungen hinsichtlich der Berechnung von Rentenansprüchen. Viele Teilnehmende kritisieren die Undurchsichtigkeit bestehender Vorgaben, was das Vertrauen in das System untergräbt. Eine transparente Kommunikation zu geplanten Reformen wird daher als unerlässlich erachtet.

Ausgleich sozialer Unterschiede: Strukturelle Benachteiligungen – wie unterbrochene Erwerbsbiografien, geringere Einkommen oder Care-Verpflichtungen – sollen durch geeignete Ausgleichsmechanismen kompensiert werden. Hierzu werden beispielsweise flexiblere Anrechnungen von Pflege- und Erziehungszeiten oder Ergänzungsleistungen gefordert, um eine gerechtere Rentenberechnung zu ermöglichen.

Zentrale Spannungsfelder

Persönliche Umstände vs. Pauschallösungen: Die Analyse zeigt, dass individuelle Erlebnisse – wie gesundheitliche Einschränkungen, familiäre Verpflichtungen oder unterbrochene Erwerbsbiografien – oft wichtiger sind als allgemeine demografische Kategorien. Diese persönlichen Erfahrungen bestimmen maßgeblich, wie Reformvorschläge wahrgenommen werden.

Stabilität vs. Individuelle Flexibilität: Während der Erhalt eines nachhaltigen Rentensystems grundsätzlich befürwortet wird, besteht gleichzeitig ein dringender Bedarf an flexiblen Regelungen, die den unterschiedlichen Lebensverläufen und individuellen Bedürfnissen gerecht werden.

Wachstum als zentraler Hebel: Das Vertrauen in wirtschaftliches Wachstum als Basis der Rentenfinanzierung spiegelt sich in der hohen Zustimmung zur Attraktivität Luxemburgs wider. Gleichzeitig wird aber auch kritisiert, dass reines Wachstum nicht alle sozialen Herausforderungen lösen kann und negative ökologische Konsequenzen mit sich bringt.

Eigenverantwortung vs. Staatliche Absicherung: Bei Diskussionen um private Vorsorge und zusätzliche Finanzierungssäulen wird immer wieder der Konflikt zwischen individueller Verantwortung und der Notwendigkeit staatlicher Schutzmaßnahmen betont – ein Thema, das vor allem soziale Ungleichheiten ins Zentrum rückt.

Kurzfristige Bedürfnisse vs. Generationensicht: Jüngere und Erwerbstätige befürchten, dass radikale Reformen zukünftige Generationen überproportional belasten könnten, während Personen in unmittelbarer Rentennähe oft Maßnahmen ablehnen, die ihre aktuelle Lebenssituation verschlechtern.

.

Impressum

„Schwätz mat!“ Auswertungsbericht
Online-Dialog Phase 2

Auswertung der Abstimmungen und Beiträge, die während des Online-Dialogs der Öffentlichkeit vom 12. Februar bis 9. März 2025 eingegangen sind.

Unabhängig ausgewertet durch:

Snakke & Co. s.à r.l.
29, boulevard Grande-Duchesse Charlotte
L-1331 Luxemburg
www.snakke.lu

Snakke & Co.
a Zebralog - Yellow Ball cooperation

Autorinnen und Autoren: Hannah Münster, Liz Thielen, Konstantin Wolf

Im Auftrag von:

Ministère de la Santé et de la Sécurité sociale
1, rue Charles Darwin
L-1433 Luxembourg

LE GOUVERNEMENT
DU GRAND-DUCHÉ DE LUXEMBOURG
Ministère de la Santé
et de la Sécurité sociale